



**Beschlussbuch
vom XIV. Ordentlichen Landesparteitag
der SPD Mecklenburg-Vorpommern**

Rostock, 13. Mai 2017

Inhaltsverzeichnis

Bildung	2 - 16
Soziales, Gesundheit	17 - 28
Infrastruktur	29 - 36
Landwirtschaft, Umwelt	33 - 33
Innen, Justiz, Kommunales	38 - 65
Bundes- und Europapolitik	66 - 67
Organisationspolitik	68 - 69

Bildung

Antragsbereich A/ **Antrag 1**

AfB, Arbeitsgemeinschaft für Bildung

	Die inklusive Schule braucht verschiedene Fachkräfte, die zusammen arbeiten!	Die inklusive Schule braucht verschiedene Fachkräfte, die zusammen arbeiten!												
	Der Landesparteitag möge beschließen:	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Empfehlung der AK</th> <th>Beschluss des LPT</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td><input type="checkbox"/> redaktionell</td> <td><input type="checkbox"/> redaktionell</td> </tr> <tr> <td><input checked="" type="checkbox"/> Annahme</td> <td><input checked="" type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK</td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Ablehnung</td> <td><input type="checkbox"/> Annahme</td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Überweisung an:</td> <td><input type="checkbox"/> Ablehnung</td> </tr> <tr> <td></td> <td><input type="checkbox"/> Überweisung an:</td> </tr> </tbody> </table>	Empfehlung der AK	Beschluss des LPT	<input type="checkbox"/> redaktionell	<input type="checkbox"/> redaktionell	<input checked="" type="checkbox"/> Annahme	<input checked="" type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK	<input type="checkbox"/> Ablehnung	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> Überweisung an:	<input type="checkbox"/> Ablehnung		<input type="checkbox"/> Überweisung an:
Empfehlung der AK	Beschluss des LPT													
<input type="checkbox"/> redaktionell	<input type="checkbox"/> redaktionell													
<input checked="" type="checkbox"/> Annahme	<input checked="" type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK													
<input type="checkbox"/> Ablehnung	<input type="checkbox"/> Annahme													
<input type="checkbox"/> Überweisung an:	<input type="checkbox"/> Ablehnung													
	<input type="checkbox"/> Überweisung an:													
5	1. Die SPD setzt sich dafür ein, dass an jeder allgemein- und berufsbildenden Schule grundsätzlich mindestens ein*e Lehrer*in für Sonderpädagogik, ein*e Schulsozialarbeiter*in und ein*e Heilerzieher*in (PmsA) vorhanden sind. Zusätzlich werden über eine noch zu bestimmende Mindestanzahl von Schüler*innen hinaus weitere Stellen aus dem oben benannten Bereich der Fachkräfte bereitgestellt.													
10	2. Jede Schule erhält ein Mindestbudget an externer Begleitung durch den schulpsychologischen Dienst sowie aus dem Bereich der Unterrichts- und Schulentwickler*innen des IQ M-V.													
15	3. Es sind Konzepte in Abstimmung mit den Sozialleistungsträger*innen zu entwickeln, die sicherstellen, dass alle Schüler*innen die Integrationshilfe benötigen, diese auch bekommen und die Integrationshelfer*innen insgesamt in die Arbeit der Schule, so möglich, eingebunden werden.													
20	4. Die Aus- und Fortbildung der unter 1. benannten pädagogischen Fachkräfte ist													
25														
30														
35														

40	möglichst zeitnah so weiter zu entwickeln, dass die Zusammenarbeit in der Schule	
45	gelingen, d.h. die inklusive Bildung aller Kinder und Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern, optimal	
50	unterstützt werden kann. Dazu gehört die Überprüfung der Struktur der sonderpädagogischen	
55	Förderschwerpunkte in der Lehramtsausbildung für Sonderpädagogik und die Bereitstellung eines	
60	Qualifikationsangebotes für die Schulsozialarbeit. Weiterhin soll das inklusive	
65	Fortbildungsangebot des Landes so weiterentwickelt werden, dass die verschiedenen qualifizierten	
70	Fachkräfte an einer Schule sich gemeinsam als Team während ihrer Arbeitszeit qualifizieren können.	
75	5. Es wird sichergestellt, dass die Schulen dauerhaft Ressourcen bereitstellen können, um den pädagogischen Fachkräfte die Arbeit im Team zu ermöglichen.	
80	Begründung: Inklusion verändert und erhöht die Aufgaben für die pädagogischen Fachkräfte in der Schule. Eine einzelne Person kann den Anforderungen mit Blick auf die Grenzen der eigenen Qualifikation und die sächlichen und zeitlichen Möglichkeiten nur bedingt gerecht werden. Deshalb brauchen inklusive Schulen verschiedene Fachkräfte, die als Team ihr Wissen und Können für die inklusive Bildung aller Kinder und Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern erfolgreich einbringen können. Die Inklusionsstrategie des Landes macht	

	zu diesem Thema an verschiedenen Stellen Aussagen, ohne sich dem Thema grundlegend im Zusammenhang zu widmen. Der Antrag dient der Konkretisierung und notwendigen Weiterentwicklung unserer Position zur Frage, welche Qualifikationen und Arbeitsbedingungen pädagogische Fachkräfte in inklusiven Zeiten benötigen.	
--	--	--

Antragsbereich A/ Antrag 2

AfB, Arbeitsgemeinschaft für Bildung

	Landesprogramm „Schulsozialarbeit in M-V“	Landesprogramm „Schulsozialarbeit in M-V“										
	Der Landesparteitag möge beschließen:	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Empfehlung der AK</th> <th>Beschluss des LPT</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td> <input type="checkbox"/> redaktionell <input checked="" type="checkbox"/> Annahme in geänderter Form Der Landesparteitag möge beschließen: </td> <td> <input type="checkbox"/> redaktionell <input checked="" type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK <input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an: </td> </tr> <tr> <td> 1) Die SPD Mecklenburg-Vorpommern betont die große Bedeutung der Schulsozialarbeit für den sozialen Zusammenhalt und die pädagogische Arbeit an unseren Schulen. </td> <td> 1) Die SPD Mecklenburg-Vorpommern betont die große Bedeutung der Schulsozialarbeit für den sozialen Zusammenhalt und die pädagogische Arbeit an unseren Schulen. </td> </tr> <tr> <td> 2) Die SPD Mecklenburg-Vorpommern spricht sich für einen Erhalt aller bestehenden Stellen der Schulsozialarbeit über das Jahr 2021 hinaus aus. Diese Forderung beinhaltet auch die Vermeidung von prekärer Beschäftigung bzw. der Vermeidung von Kettenbefristungen. </td> <td> 2) Die SPD fordert, dass die wegfallenden EU-Mittel für das Programm Schulsozialarbeit ab 2021 konsequent durch Landesmittel oder neue EU-Mittel ersetzt werden. Darüber hinaus wird erwartet, </td> </tr> <tr> <td> 3) Die SPD Mecklenburg-Vorpommern beauftragt den Landesvorstand in Zusammenarbeit mit der AfB und der SGK, ein Konzept für ein Landesprogramm „Schulsozialarbeit“, das sächliche und personelle Standards festlegt sowie die Aus- und Fortbildung von </td> <td></td> </tr> </tbody> </table>	Empfehlung der AK	Beschluss des LPT	<input type="checkbox"/> redaktionell <input checked="" type="checkbox"/> Annahme in geänderter Form Der Landesparteitag möge beschließen:	<input type="checkbox"/> redaktionell <input checked="" type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK <input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an:	1) Die SPD Mecklenburg-Vorpommern betont die große Bedeutung der Schulsozialarbeit für den sozialen Zusammenhalt und die pädagogische Arbeit an unseren Schulen.	1) Die SPD Mecklenburg-Vorpommern betont die große Bedeutung der Schulsozialarbeit für den sozialen Zusammenhalt und die pädagogische Arbeit an unseren Schulen.	2) Die SPD Mecklenburg-Vorpommern spricht sich für einen Erhalt aller bestehenden Stellen der Schulsozialarbeit über das Jahr 2021 hinaus aus. Diese Forderung beinhaltet auch die Vermeidung von prekärer Beschäftigung bzw. der Vermeidung von Kettenbefristungen.	2) Die SPD fordert, dass die wegfallenden EU-Mittel für das Programm Schulsozialarbeit ab 2021 konsequent durch Landesmittel oder neue EU-Mittel ersetzt werden. Darüber hinaus wird erwartet,	3) Die SPD Mecklenburg-Vorpommern beauftragt den Landesvorstand in Zusammenarbeit mit der AfB und der SGK, ein Konzept für ein Landesprogramm „Schulsozialarbeit“, das sächliche und personelle Standards festlegt sowie die Aus- und Fortbildung von	
Empfehlung der AK	Beschluss des LPT											
<input type="checkbox"/> redaktionell <input checked="" type="checkbox"/> Annahme in geänderter Form Der Landesparteitag möge beschließen:	<input type="checkbox"/> redaktionell <input checked="" type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK <input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an:											
1) Die SPD Mecklenburg-Vorpommern betont die große Bedeutung der Schulsozialarbeit für den sozialen Zusammenhalt und die pädagogische Arbeit an unseren Schulen.	1) Die SPD Mecklenburg-Vorpommern betont die große Bedeutung der Schulsozialarbeit für den sozialen Zusammenhalt und die pädagogische Arbeit an unseren Schulen.											
2) Die SPD Mecklenburg-Vorpommern spricht sich für einen Erhalt aller bestehenden Stellen der Schulsozialarbeit über das Jahr 2021 hinaus aus. Diese Forderung beinhaltet auch die Vermeidung von prekärer Beschäftigung bzw. der Vermeidung von Kettenbefristungen.	2) Die SPD fordert, dass die wegfallenden EU-Mittel für das Programm Schulsozialarbeit ab 2021 konsequent durch Landesmittel oder neue EU-Mittel ersetzt werden. Darüber hinaus wird erwartet,											
3) Die SPD Mecklenburg-Vorpommern beauftragt den Landesvorstand in Zusammenarbeit mit der AfB und der SGK, ein Konzept für ein Landesprogramm „Schulsozialarbeit“, das sächliche und personelle Standards festlegt sowie die Aus- und Fortbildung von												
5												
10												
15												
20												
25												

30	<p>Fachkräften sichert, auszuarbeiten, und dem Parteitag zur Beschlussfassung vorzulegen.</p>	<p>dass sich die Landesregierung und die Landkreise und kreisfreien Städte konsequent für eine weitere Stärkung der Schulsozialarbeit einsetzen, insbesondere längerfristige Beschäftigungsverhältnisse ermöglicht werden.</p>
35 40 45 50 55 60 65	<p>Begründung:</p> <p>Die Arbeit der Schulsozialarbeiter und Schulsozialarbeiterinnen, gemäß Schulgesetz Mecklenburg-Vorpommern (§59) ist seit Jahren ein elementarer Bestandteil der Schulkultur an Schulen in Mecklenburg-Vorpommern. Die Schulsozialarbeit unterstützt alle an Schule Beteiligten und trägt maßgeblich zur Gestaltung des gemeinsamen Lebens im Sozialraum Schule bei. Die Begleitung bei entscheidenden Übergängen, insbesondere von Schule zu Ausbildung, ist eine nicht zu vernachlässigende Unterstützung für Schüler, Lehrer, Eltern und Unternehmen. Durch Jugend-, Eltern- und Netzwerkarbeit leistet Schulsozialarbeit einen unverzichtbaren Beitrag zum Schutz des Wohles der Kinder, sowie zur deren Inklusion und Integration in das Schulleben. Gerade mit Blick auf die wachsenden Herausforderungen in diesen Bereichen, nimmt die Bedeutung der Schulsozialarbeit an unseren Schulen noch weiter zu. Trotz dieser Entwicklung, welche im Grunde einen Ausbau der Stellen der Schulsozialarbeit erforderte, sehen wir uns mit einer zum Teil rückläufigen Entwicklung konfrontiert.</p>	<p>3) Die SPD Mecklenburg-Vorpommern beauftragt den Landesvorstand in Zusammenarbeit mit der AfB und der SGK, ein Konzept für ein Landesprogramm „Schulsozialarbeit“, das sächliche und personelle Standards festlegt sowie die Aus- und Fortbildung von Fachkräften sichert, auszuarbeiten, und dem Parteitag zur Beschlussfassung vorzulegen.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Arbeit der Schulsozialarbeiter und Schulsozialarbeiterinnen, gemäß Schulgesetz Mecklenburg-Vorpommern (§59) ist seit Jahren ein elementarer Bestandteil der Schulkultur an Schulen in Mecklenburg-Vorpommern. Die Schulsozialarbeit unterstützt alle an Schule Beteiligten und trägt maßgeblich zur Gestaltung des gemeinsamen Lebens im Sozialraum Schule bei. Die</p>
70 75	<p>Weiterhin wurde im Regierungsprogramm darauf hingewiesen, dass Schule auch ein Ort der politischen Bildung ist, dabei ist die Schulsozialarbeit ebenfalls ein unverzichtbarer Partner – in den meisten Fällen sogar Initiator – bei politischer Bildungsarbeit an unseren Einrichtungen.</p>	<p>Die Schulsozialarbeit unterstützt alle an Schule Beteiligten und trägt maßgeblich zur Gestaltung des gemeinsamen Lebens im Sozialraum Schule bei. Die</p>

80	<p>In diesem Zusammenhang wird von Seiten der AfB auch ein weiteres Anliegen der Schulen und der Schulsozialarbeiter bzw. Schulsozialarbeiterinnen aufgegriffen: Es wird angestrebt, prekäre Beschäftigungsverhältnisse verbunden mit Kettenbefristungen zu vermeiden und über Leistungsvereinbarungen eine Arbeitsplatzsicherheit auch über die Laufzeiten der jeweiligen Haushalte hinaus zu gewährleisten. Bisher orientieren sich die Arbeitsverträge an der kürzesten Laufzeit der beteiligten Haushalte (Land, Landkreis, Stadt). Alle Beteiligten sollten daher ihre Bereitschaft ebenfalls bekräftigen und entsprechende Verhandlungen aufnehmen.</p> <p>Schulsozialarbeit ist eine Aufgabe des Landes. Zur Gewährleistung eines einheitlichen Standards in Mecklenburg-Vorpommern muss es eine Landesstrategie geben, die parteiintern mit der AfB MV und kommunalpolitisch Aktiven der SGK entwickelt und abgestimmt ist.</p>	<p>Begleitung bei entscheidenden Übergängen, insbesondere von Schule zu Ausbildung, ist eine nicht zu vernachlässigende Unterstützung für Schüler, Lehrer, Eltern und Unternehmen. Durch Jugend-, Eltern- und Netzwerkarbeit leistet Schulsozialarbeit einen unverzichtbaren Beitrag zum Schutz des Wohles der Kinder, sowie zur deren Inklusion und Integration in das Schulleben. Gerade mit Blick auf die wachsenden Herausforderungen in diesen Bereichen, nimmt die Bedeutung der Schulsozialarbeit an unseren Schulen noch weiter zu. Trotz dieser Entwicklung, welche im Grunde einen Ausbau der Stellen der Schulsozialarbeit erforderte, sehen wir uns mit einer zum Teil rückläufigen Entwicklung konfrontiert.</p> <p>Weiterhin wurde im Regierungsprogramm darauf hingewiesen, dass Schule auch ein Ort der politischen Bildung ist, dabei ist die Schulsozialarbeit ebenfalls ein unverzichtbarer Partner – in den meisten Fällen sogar Initiator – bei politischer Bildungsarbeit an unseren Einrichtungen.</p> <p>In diesem Zusammenhang wird von Seiten der AfB auch ein weiteres Anliegen der Schulen und der Schulsozialarbeiter bzw. Schulsozialarbeiterinnen aufgegriffen: Es wird angestrebt, prekäre Beschäftigungsverhältnisse verbunden mit</p>
----	---	---

		<p>Kettenbefristungen zu vermeiden und über Leistungsvereinbarungen eine Arbeitsplatzsicherheit auch über die Laufzeiten der jeweiligen Haushalte hinaus zu gewährleisten. Bisher orientieren sich die Arbeitsverträge an der kürzesten Laufzeit der beteiligten Haushalte (Land, Landkreis, Stadt). Alle Beteiligten sollten daher ihre Bereitschaft ebenfalls bekräftigen und entsprechende Verhandlungen aufnehmen.</p> <p>Schulsozialarbeit ist eine Aufgabe des Landes. Zur Gewährleistung eines einheitlichen Standards in Mecklenburg-Vorpommern muss es eine Landesstrategie geben, die parteiintern mit der AfB MV und kommunalpolitisch Aktiven der SGK entwickelt und abgestimmt ist.</p>	
--	--	--	--

Antragsbereich A/ Antrag 3

ASF

	Erhalt der Schulsozialarbeit in Mecklenburg-Vorpommern	Erhalt der Schulsozialarbeit in Mecklenburg-Vorpommern													
5	<p>Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Die SPD Mecklenburg-Vorpommern appelliert an den Landtag Mecklenburg-Vorpommern, alles dafür zu tun, um die Schulsozialarbeit im Land zu erhalten und weiter auszubauen.</p>	<table border="1"> <thead> <tr> <th data-bbox="837 1668 1117 1736">Empfehlung der AK</th> <th data-bbox="1117 1668 1382 1736">Beschluss des LPT</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="837 1736 1117 1792"><input type="checkbox"/> redaktionell</td> <td data-bbox="1117 1736 1382 1792"><input type="checkbox"/> redaktionell</td> </tr> <tr> <td data-bbox="837 1792 1117 1848"><input type="checkbox"/> Annahme</td> <td data-bbox="1117 1792 1382 1848"><input type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK</td> </tr> <tr> <td data-bbox="837 1848 1117 1904"><input type="checkbox"/> Ablehnung</td> <td data-bbox="1117 1848 1382 1904"><input type="checkbox"/> Annahme</td> </tr> <tr> <td data-bbox="837 1904 1117 1960"><input type="checkbox"/> Überweisung an:</td> <td data-bbox="1117 1904 1382 1960"><input type="checkbox"/> Ablehnung</td> </tr> <tr> <td data-bbox="837 1960 1117 2016">Erledigt durch Annahme A2</td> <td data-bbox="1117 1960 1382 2016"><input type="checkbox"/> Überweisung an:</td> </tr> </tbody> </table>	Empfehlung der AK	Beschluss des LPT	<input type="checkbox"/> redaktionell	<input type="checkbox"/> redaktionell	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK	<input type="checkbox"/> Ablehnung	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> Überweisung an:	<input type="checkbox"/> Ablehnung	Erledigt durch Annahme A2	<input type="checkbox"/> Überweisung an:	
Empfehlung der AK	Beschluss des LPT														
<input type="checkbox"/> redaktionell	<input type="checkbox"/> redaktionell														
<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK														
<input type="checkbox"/> Ablehnung	<input type="checkbox"/> Annahme														
<input type="checkbox"/> Überweisung an:	<input type="checkbox"/> Ablehnung														
Erledigt durch Annahme A2	<input type="checkbox"/> Überweisung an:														
10	<p>Darüber hinaus wird erwartet, dass sich die Landesregierung und die Landkreise</p>														

	und kreisfreien Städte konsequent für eine weitere Stärkung der Schulsozialarbeit einsetzen.		Erledigt durch Annahme A2
15	Die SPD fordert, dass die wegfallenden EU-Mittel für das Programm Schulsozialarbeit ab 2021 konsequent durch Landesmittel oder neue EU-Mittel ersetzt werden (Ziffer 9) und dass zeitnah		
20	temporär ein weiterführender Studiengang im Bereich Schulsozialarbeit/Sozialpädagogik zur Absicherung des Fachkräftebedarfs etabliert wird (Ziffer 243).		
25	<u>Begründung</u>		
30	Schulsozialarbeit ist ein unverzichtbarer Bestandteil der erzieherischen Arbeit an unseren Schulen und im Bereich der Prävention. Sie braucht Vertrauen in ihre Arbeit und eine stabile finanzielle Basis.		
35	Die ASF bekräftigt daher die Forderungen in den Ziffern 9, 10 und 243 im Koalitionsvertrag zur Absicherung der Schulsozialarbeit. Sie begrüßt die Zusage der Koalitionspartner, das ESF-finanzierte Landesprogramm für Jugend- und		
40	Schulsozialarbeiter in dieser Legislaturperiode auszufinanzieren (Ziffer 10).		

Antragsbereich A/ **Antrag 4**

KVVG

	Schulsozialarbeit	Schulsozialarbeit	
	Der SPD-Landesparteitag 2017 möge beschließen:	Empfehlung der AK	Beschluss des LPT
5	1) Die SPD Mecklenburg-Vorpommern betont die große Bedeutung der Schulsozialarbeit	<input type="checkbox"/> redaktionell <input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung	<input type="checkbox"/> redaktionell <input type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK

10	für den sozialen Zusammenhalt und die pädagogische Arbeit an unseren Schulen.	<input type="checkbox"/> Überweisung an: <input type="checkbox"/> Annahme Erledigt durch Annahme A2 <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an: Erledigt durch Annahme A2
15	2) Die SPD Mecklenburg-Vorpommern spricht sich für einen Erhalt aller bestehenden Stellen der Schulsozialarbeit über das Jahr 2021 hinaus aus. Diese Forderung beinhaltet auch die Vermeidung von prekärer Beschäftigung bzw. der Vermeidung von Kettenbefristungen.	
20	<p>3) Die SPD Mecklenburg-Vorpommern beauftragt den Landesvorstand der SPD Mecklenburg-Vorpommern in Zusammenarbeit mit der AfB Mecklenburg-Vorpommern und der SGK Mecklenburg-Vorpommern, ein Konzept für ein Landesprogramm Schulsozialarbeit auszuarbeiten und dem Parteitag zur Beschlussfassung vorzulegen.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Arbeit der Schulsozialarbeiter und Schulsozialarbeiterinnen, gemäß Schulgesetz Mecklenburg-Vorpommern (§59) ist seit Jahren ein elementarer Bestandteil der Schulkultur an Schulen in Mecklenburg-Vorpommern. Die Schulsozialarbeit unterstützt alle an Schule Beteiligten und trägt maßgeblich zur Gestaltung des gemeinsamen Lebens im Sozialraum Schule bei. Die Begleitung bei entscheidenden Übergängen, insbesondere von Schule zu Ausbildung, ist eine nicht zu vernachlässigende Unterstützung für Schüler, Lehrer, Eltern und Unternehmen. Durch Jugend-, Eltern- und Netzwerkarbeit leistet Schulsozialarbeit einen unverzichtbaren Beitrag zum Schutz des Wohles der Kinder, sowie zur deren Inklusion und Integration in das Schulleben. Gerade mit Blick auf die wachsenden</p>	

<p>Herausforderungen in diesen Bereichen, nimmt die Bedeutung der Schulsozialarbeit an unseren Schulen noch weiter zu. Trotz dieser Entwicklung, welche im Grunde einen Ausbau der Stellen der Schulsozialarbeit erforderte, sehen wir uns mit einer zum Teil rückläufigen Entwicklung konfrontiert.</p> <p>Weiterhin wurde im Regierungsprogramm darauf hingewiesen, dass Schule auch ein Ort der politischen Bildung ist, dabei ist die Schulsozialarbeit ein unverzichtbarer Partner – in den meisten Fällen sogar Initiator – bei politischer Bildungsarbeit an unseren Einrichtungen.</p> <p>In diesem Zusammenhang wird von Seiten der AfB Vorpommern auch ein weiteres Anliegen der Schulen und der Schulsozialarbeiter bzw. Schulsozialarbeiterinnen aufgegriffen: Es wird angestrebt, prekäre Beschäftigungsverhältnisse verbunden mit Kettenbefristungen zu vermeiden und über Leistungsvereinbarungen eine Arbeitsplatzsicherheit auch über die Laufzeiten der jeweiligen Haushalte hinaus zu gewährleisten. Bisher orientieren sich die Arbeitsverträge an der kürzesten Laufzeit der beteiligten Haushalte (Land, Landkreis, Stadt). Alle Beteiligten sollten daher ihre Bereitschaft ebenfalls bekräftigen und entsprechende Verhandlungen aufnehmen.</p> <p>Schulsozialarbeit ist eine Aufgabe des Landes. Zur Gewährleistung eines einheitlichen Standards in Mecklenburg-Vorpommern muss es eine Landesstrategie geben. Wichtig ist es dabei aus unserer Sicht, auch Bildungsinteressierte (AfB MV) und Kommunalpolitisch Aktive (SGK) einzubinden.</p>	
--	--

Antragsbereich A/ **Antrag 5**

AfB, Arbeitsgemeinschaft für Bildung

	Politische Bildung in Mecklenburg-Vorpommern systematisch und nachhaltig organisieren!	Politische Bildung in Mecklenburg-Vorpommern systematisch und nachhaltig organisieren!	
	Der Landesparteitag möge beschließen:	Empfehlung der AK	Beschluss des LPT
5	1. Eine starke und lebendige Demokratie, die gegen extremistische und populistische Anfeindungen geschützt ist, braucht eine leistungsfähige politische Bildung. Diese muss so	<input type="checkbox"/> redaktionell	<input type="checkbox"/> redaktionell
10	strukturiert und organisiert sein, dass das Erlernen von demokratischen Werten, Verfahren und Institutionen frühzeitig, kontinuierlich und unter fachlicher Anleitung erfolgen kann.	<input checked="" type="checkbox"/> Annahme in geänderter Form	<input checked="" type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK
15	2. In den Kitas wird mit demokratiepädagogischen Maßnahmen systematisch begonnen, elementare Werte und Verhaltensnormen zu entwickeln, die später für die demokratische Teilhabe wichtig sind.	Der Landesparteitag möge beschließen:	<input type="checkbox"/> Annahme
20	Land, Kommunen, Träger und Fachleute sollen hierzu ein gemeinsames, verbindliches Konzept erarbeiten.	1. Eine starke und lebendige Demokratie, die gegen extremistische und populistische Anfeindungen geschützt ist, braucht eine leistungsfähige politische Bildung. Diese muss so	<input type="checkbox"/> Ablehnung
25	3. Im Sachkunde-Unterricht der Grundschule sind prinzipielle Fragen von Demokratie und Menschenrechten sowie das Thema „Politische Heimatkunde Mecklenburg-Vorpommern“ kindgerecht zu bearbeiten.	strukturiert und organisiert sein, dass das Erlernen von demokratischen Werten, Verfahren und Institutionen frühzeitig, kontinuierlich und unter fachlicher Anleitung erfolgen kann. Das bedeutet insbesondere die	<input type="checkbox"/> Überweisung an:
30	4. Das Unterrichtsfach Sozialkunde wird in die Stundentafel der Klassenstufen 5 bis 7 (für alle Schulformen) mit je 1	Stärkung der politischen Bildung in der Sekundarstufe I und II und in den Berufsschulen.	
35	Wochenstunde neu aufgenommen. Am Gymnasium wird das Fach Sozialkunde in den Klassen 8 bis 10 mit je 2	2. In den Kitas wird mit demokratiepädagogischen Maßnahmen systematisch begonnen, elementare Werte und Verhaltensnormen zu	
40	Wochenstunden (bislang 1	entwickeln, die später für die demokratische	
	5. Die Fächerkombination Geschichte/Politische Bildung in der Sekundarstufe II wird aufgelöst.		

45	Sozialkunde wird neben dem Fach Geschichte Pflichtfach in der Sekundarstufe II.	Teilhabe wichtig sind. Land, Kommunen, Träger und Fachleute sollen hierzu ein gemeinsames, verbindliches Konzept erarbeiten.	
50	6. Das Unterrichtsfach Arbeit-Wirtschaft-Technik (AWT) wird im Gegenzug neu profiliert bzw. in der jetzigen Form abgeschafft. Lehrinhalte zum Wirtschaftssystem und zur betrieblichen Mitbestimmung werden im Fach Sozialkunde unterrichtet.	3. Schulen sollen im Rahmen des Möglichen zu erlebbaren Orten von demokratischer Mitbestimmung	
55	7. Die Rahmenpläne der Fächer Sachkunde und Sozialkunde sind unter Beteiligung von Fachleuten neu zu erarbeiten.	entwickelt werden. Die hierfür erforderliche systematische Beratung und Prozesssteuerung muss durch die	
60	8. Das Unterrichtsfach Sozialkunde wird in „Sozialkunde/Politische Bildung“ umbenannt.	Regelstrukturen der staatlichen Schulverwaltung erfolgen.	
65	9. Schulen sollen im Rahmen des Möglichen zu erlebbaren Orten von demokratischer Mitbestimmung entwickelt werden. Die hierfür erforderliche systematische Beratung und Prozesssteuerung muss durch die	4. Im Sachkunde-Unterricht der Grundschule sind prinzipielle Fragen von Demokratie und Menschenrechten sowie das Thema „Politische Heimatkunde Mecklenburg-Vorpommern“	
70	Regelstrukturen der Schulverwaltung erfolgen.	kindgerecht zu	
75	Begründung	bearbeiten.	
80	Die strukturelle Verankerung der politischen Bildung in der Schule und im Rahmen der Früherziehung ist derzeit unzureichend, unsystematisch und kann so den Erwartungshaltungen oftmals nicht gerecht werden. Politische Bildung ist eine gesellschaftliche Daueraufgabe, die unter Berücksichtigung des jeweiligen Alters und der Interessen der Kinder bzw. Schülerinnen Schüler frühzeitig beginnen und kontinuierlich geleistet werden muss.	Weitere Maßnahmen sollen für den Bereich Sekundarstufe I und II geprüft werden.	
	Schon im Kita-Bereich und der Grundschule können und sollen Demokratie-Kompetenzen entwickelt werden. Hierzu gehören u.a. Toleranz und Respekt gegenüber dem „Anderen“.	Das Unterrichtsfach Sozialkunde wird in die Studentafel der Klassenstufen 5 bis 7 (für alle Schulformen) mit je 1 Wochenstunde neu aufgenommen. Am Gymnasium wird das Fach Sozialkunde in den Klassen 8 bis 10 mit je 2	

<p>die Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen bei Wahrung der Rechte der Minderheit sowie die Fähigkeit, Konflikte zu erkennen und zu lösen. Im Sachkunde-Unterricht können zudem kindgerecht Grundprinzipien des politischen Systems erlernt werden.</p> <p>Das Fach Sozialkunde beginnt derzeit erst sehr spät ab Klasse 8, im Gymnasium zudem nur mit 1 Wochenstunde. Damit besteht zum einen eine Unterrichtsunterbrechung nach der Grundschule von drei Jahren, die einer kontinuierlichen Lernentwicklung entgegensteht. Aus pädagogisch-didaktischer Sicht ist die Vermittlung von Themen aus dem sozialen Nahraum der Schülerinnen und Schüler (v.a. Rolle von Familie und Peer-Groups, Fragen der Schülermitwirkung usw.) bereits im Alter von 11 bis 13 Jahren einem späteren Beginn deutlich vorzuziehen. Zum anderen ist die stark begrenzte Stundenzahl des Sozialkunde-Unterrichts nicht geeignet, um den Anspruch, auch aktuelle politische Ereignisse und Entwicklungen in den Unterricht zu integrieren, erfüllen zu können. Politische Bildung im Sozialkundeunterricht erfordert zudem aus didaktischen Gründen, anders als z.B. bei MINT-Fächern, den Einsatz von zeitaufwändigen, diskursiven Vermittlungsformaten (z.B. Planspiele).</p> <p>Die Einführung der Fächerkombination Geschichte/Politische Bildung in der Sekundarstufe II hat sich nicht bewährt, da beide Fächer über unterschiedliche Lernziele und unterschiedliche Fachdidaktiken verfügen, die sich nicht widerspruchsfrei zusammenführen lassen.</p> <p>Die Behandlung von Lehrinhalten zum Wirtschaftssystem im Fach Sozialkunde ermöglicht die notwendige Einbettung in gesellschaftliche, soziale und politische</p>	<p>Wochenstunden (bislang 1 Wochenstunde) unterrichtet.</p> <p>Die Fächerkombination Geschichte/Politische Bildung in der Sekundarstufe II wird aufgelöst. Sozialkunde wird neben dem Fach Geschichte Pflichtfach in der Sekundarstufe II.</p> <p>Das Unterrichtsfach Arbeit-Wirtschaft-Technik (AWT) wird im Gegenzug neu profiliert bzw. in der jetzigen Form abgeschafft. Lehrinhalte zum Wirtschaftssystem und zur betrieblichen Mitbestimmung werden im Fach Sozialkunde unterrichtet.</p> <p>Die Rahmenpläne der Fächer Sachkunde und Sozialkunde sind unter Beteiligung von Fachleuten neu zu erarbeiten.</p> <p>Das Unterrichtsfach Sozialkunde wird in „Sozialkunde/Politische Bildung“ umbenannt.</p> <p><u>Begründung</u></p> <p>Die strukturelle Verankerung der politischen Bildung in der Schule und im Rahmen der Früherziehung ist derzeit unzureichend, unsystematisch und kann so den Erwartungshaltungen oftmals nicht gerecht</p>
---	---

<p>Kontexte, und schafft somit erst den Rahmen für einen kritischen Diskurs, z.B. über Gerechtigkeitsaspekte.</p> <p>Die symbolische Umbenennung des Unterrichtsfachs Sozialkunde in „Sozialkunde/Politische Bildung“ macht den thematischen Kern des Faches sowohl nach außen als auch schulintern erkennbarer und erhöht dessen Akzeptanz.</p>	<p>werden. Politische Bildung ist eine gesellschaftliche Daueraufgabe, die unter Berücksichtigung des jeweiligen Alters und der Interessen der Kinder bzw. Schülerinnen Schüler frühzeitig beginnen und kontinuierlich geleistet werden muss.</p> <p>Schon im Kita-Bereich und der Grundschule können und sollen Demokratie-Kompetenzen entwickelt werden. Hierzu gehören u.a. Toleranz und Respekt gegenüber dem „Anderen“, die Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen bei Wahrung der Rechte der Minderheit sowie die Fähigkeit, Konflikte zu erkennen und zu lösen. Im Sachkunde-Unterricht können zudem kindgerecht Grundprinzipien des politischen Systems erlernt werden.</p> <p>Das Fach Sozialkunde beginnt derzeit erst sehr spät ab Klasse 8, im Gymnasium zudem nur mit 1 Wochenstunde. Damit besteht zum einen eine Unterrichtsunterbrechung nach der Grundschule von drei Jahren, die einer kontinuierlichen Lernentwicklung entgegensteht. Aus pädagogisch-didaktischer Sicht ist die Vermittlung von Themen aus dem sozialen Nahraum der</p>
--	--

		<p>Schülerinnen und Schüler (v.a. Rolle von Familie und Peer-Groups, Fragen der Schülermitwirkung usw.) bereits im Alter von 11 bis 13 Jahren einem späteren Beginn deutlich vorzuziehen. Zum anderen ist die stark begrenzte Stundenzahl des Sozialkunde-Unterrichts nicht geeignet, um den Anspruch, auch aktuelle politische Ereignisse und Entwicklungen in den Unterricht zu integrieren, erfüllen zu können. Politische Bildung im Sozialkundeunterricht erfordert zudem aus didaktischen Gründen, anders als z.B. bei MINT-Fächern, den Einsatz von zeitaufwändigen, diskursiven Vermittlungsformaten (z.B. Planspiele).</p> <p>Die Einführung der Fächerkombination Geschichte/Politische Bildung in der Sekundarstufe II hat sich nicht bewährt, da beide Fächer über unterschiedliche Lernziele und unterschiedliche Fachdidaktiken verfügen, die sich nicht widerspruchsfrei zusammenführen lassen.</p> <p>Die Behandlung von Lehrinhalten zum Wirtschaftssystem im Fach Sozialkunde ermöglicht die notwendige Einbettung in gesellschaftliche, soziale</p>	
--	--	--	--

		<p>und politische Kontexte, und schafft somit erst den Rahmen für einen kritischen Diskurs, z.B. über Gerechtigkeitsaspekte.</p> <p>Die symbolische Umbenennung des Unterrichtsfachs Sozialkunde in „Sozialkunde/Politische Bildung“ macht den thematischen Kern des Faches sowohl nach außen als auch schulintern erkennbarer und erhöht dessen Akzeptanz.</p>	
--	--	---	--

Antragsbereich A/ Antrag 6

Kreisverband HRO

	Mindestausbildungsvergütung auf den Weg bringen	Mindestausbildungsvergütung auf den Weg bringen	
	Der Landesparteitag der SPD M-V möge beschließen:	Empfehlung der AK	Beschluss des LPT
5	„Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind der festen Überzeugung, dass wir unsere Gesellschaft und das Leben der Menschen durch Veränderungen der Wirtschafts- und Arbeitsverhältnisse zu einem besseren machen können.	<input type="checkbox"/> redaktionell <input checked="" type="checkbox"/> Annahme In geänderter Form	<input type="checkbox"/> redaktionell <input checked="" type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK
10	Um dies zu erreichen, bedarf es einer solidarischen und gerechten Arbeitsmarktpolitik.	Der Landesparteitag der SPD M-V möge beschließen:	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung
15	Ein Aspekt einer solchen Politik muss sich mit der gerechten Entlohnung von Auszubildenden befassen. Deswegen haben wir mit unserem Koalitionspartner auf Landesebene vereinbart, uns auf Bundesebene für	Wir brauchen die im Koalitionsvertrag vereinbarte Mindestausbildungsvergütung, um eine gerechte Entlohnung von Auszubildenden zu erreichen.	<input type="checkbox"/> Überweisung an:
		Wir fordern die	

20 25 30	<p>die Einführung einer Untergrenze der Ausbildungsvergütung einzusetzen.</p> <p>Um diesem Ziel Nachdruck zu verleihen, fordern wir die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung auf, sich für eine Bundesratsinitiative zur Einführung einer Mindestausbildungsvergütung einzusetzen. Dabei ist einerseits anzustreben, dass deren Höhe den BAföG-Höchstsatz von aktuell 649 Euro nicht unterschreitet und andererseits keine Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern in der Höhe bestehen. Ein solcher Schritt muss in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften erfolgen. Deswegen sollten die Ergebnisse der aktuellen Erhebung des DGB zur Ausbildungsvergütung maßgebend in den politischen Prozess einfließen. Darüber hinaus fordern wir die SPD-Landtagsfraktion auf, zu prüfen, inwieweit unabhängig davon gesetzgeberische Maßnahmen auf Landesebene – etwa im Vergaberecht – ergriffen werden können, um dem Ziel einer Mindestausbildungsvergütung näher zu kommen. Dabei kann auf die guten Erfahrungen mit dem Mindestlohn zurückgegriffen werden, den wir noch weit vor der bundesweiten Einführung für öffentliche Aufträge in Mecklenburg-Vorpommern durchgesetzt haben.“</p>	<p>sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung auf, sich für eine möglichst zeitnahe Bundesratsinitiative zur Einführung einer Mindestausbildungsvergütung einzusetzen. Dabei ist anzustreben:</p> <ul style="list-style-type: none"> • dass deren Bedingungen sich an den BaföG-Regelungen orientieren • keine Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern in der Höhe bestehen • dies in enger Abstimmung mit den Tarifparteien erfolgt • die Ergebnisse der aktuellen Erhebung des DGB zur Ausbildungsvergütung maßgebend in den politischen Prozess einfließen. 	
--------------------------------	--	---	--

Antragsbereich A/ **Antrag 7**

KV VG

	<p>Wiedereinrichtung der Professur für Pommersche Landesgeschichte und</p>	<p>Wiedereinrichtung der Professur für Pommersche Landesgeschichte und</p>
--	---	---

	Landeskunde an der Universität Greifswald	Landeskunde an der Universität Greifswald	
	Der Landesparteitag möge beschließen:	Empfehlung der AK	Beschluss des LPT
5	Die SPD Mecklenburg-Vorpommern spricht sich für die Wiedereinrichtung der Professur für Pommersche Landesgeschichte und Landeskunde an der Universität Greifswald aus.	<input type="checkbox"/> redaktionell	<input type="checkbox"/> redaktionell
10	Die SPD Mecklenburg-Vorpommern bittet die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern, insbesondere das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern, zusätzliche finanzielle Mittel für die Wiedereinrichtung zur Verfügung zu stellen.	<input type="checkbox"/> Annahme	<input checked="" type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK
15		<input type="checkbox"/> Ablehnung	
20	<u>Begründung:</u>	<input type="checkbox"/> Überweisung an: Landtagsfraktion und AfB	<input type="checkbox"/> Annahme
25	Im Zuge des Landespersonalkonzepts des Landes musste die Universität Greifswald Einsparverpflichtungen gegenüber der Landesregierung eingehen. Hierzu zählte auch die Professur für Pommersche Landesgeschichte und Landeskunde am Historischen Institut der Universität.		<input type="checkbox"/> Ablehnung
30	Mit dem Wegfall dieser Professur im März 2013 ging die einzige professorale Stelle in Mecklenburg-Vorpommern verloren, die sich dezidiert mit der Geschichte Pommerns auseinandersetzte.		<input type="checkbox"/> Überweisung an:
35	Insgesamt wurden damals am Historischen Institut zwei von sieben Professuren gestrichen.		
40	Mit der Wiedereinrichtung der Professur für Pommersche Landesgeschichte an der Universität Greifswald bestünde die Möglichkeit, dass es wieder eine breite wissenschaftliche und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Pommerschen Landesgeschichte gibt.		
45	Durch öffentliche Veranstaltungen und Diskussionen könnte der Lehrstuhl die		

50	<p>Geschichte Pommerns in die breite Öffentlichkeit tragen und durch vertiefte Forschung zu weiteren Erkenntnissen beitragen. Die Universität Greifswald ist nicht nur aus ihrer Tradition sowie der Nähe zum Pommerschen Landesmuseum heraus für diese Professur prädestiniert,</p>	
55	<p>sondern ist natürlich auch durch die geographische Lage in Pommern der einzig sinnvolle Standort für diese Professur.</p>	
60	<p>Es sollte im übergeordneten Interesse des Landes liegen, diesen gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Austausch durch eine Professur zu ermöglichen. Mit der wissenschaftlichen Differenzierung innerhalb der Geschichtswissenschaften und gleichzeitig anhaltenden finanziellen Engpässen in den Kultur- und Geisteswissenschaften sind die</p>	
65	<p>'Überlebenschancen' für wissenschaftliche Strukturen, die sich</p>	
70	<p>dezidiert mit regionalen Historien auseinandersetzen, deutlich gesunken.</p>	
75	<p>Mit der Bereitstellung von zusätzlichen finanziellen Mittel könnte die Landesregierung ihrer Verantwortung gegenüber der Erforschung der Pommerschen Landesgeschichte gerecht werden und der oben skizzierten</p>	
80	<p>Entwicklung innerhalb der Geschichtswissenschaft entgegensteuern.</p>	
85	<p>Die Einrichtung der Professur ist auch eine Möglichkeit den Austausch mit der Republik Polen und insbesondere der Universität Szczecin auf Grundlage der gemeinsamen Erforschung der pommerschen Geschichte zu verstärken.</p>	

Soziales, Gesundheit

Antragsbereich B/ **Antrag 1**

AG60plus

Geburtshilfe		Geburtshilfe	
	Der Landesparteitag möge beschließen:	Empfehlung der AK	Beschluss des LPT
5	Die Landesregierung MV bestehend aus der Koalition von SPD und CDU wird sich mit allen politischen Mitteln dafür einsetzen, dass eine bundeseinheitliche Regelung für die Geburtshilfe geschaffen wird. Ziel der Initiative muss eine Gleichstellung der Geburtshilfe mit der Grund- und Regelversorgung sein.	<input type="checkbox"/> redaktionell	<input type="checkbox"/> redaktionell
10		<input type="checkbox"/> Annahme	<input checked="" type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK
		<input type="checkbox"/> Ablehnung	<input type="checkbox"/> Annahme
		<input type="checkbox"/> Überweisung an: Landtagsfraktion	<input type="checkbox"/> Ablehnung
15	Außerdem fordern wir die Landesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Geburtshilfe im Krankenhausplan Mecklenburg-Vorpommern flächendeckend abgebildet wird. Es ist erforderlich, sich für eine bessere Vergütung der entsprechenden DRG`s einzusetzen, damit Krankenhäuser nicht gezwungen sind aus wirtschaftlichem Druck die Geburtsabteilungen zu schließen.		<input type="checkbox"/> Überweisung an:
20	<u>Begründung:</u> Durch das bundesweit gültige Krankenhausfinanzierungsgesetz wurde die Verantwortung für eine angemessene Versorgung mit Krankenhausbetten und -leistungen an die einzelnen Bundesländer weitergegeben. Damit entscheidet jedes Bundesland unterschiedlich über die drei bis vier möglichen Versorgungsstufen und deren Inhalte. Zumeist werden in der Versorgungsstufe 1 Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung mit den Abteilungen Innere und Chirurgie sowie der unteren Notfallversorgung angesiedelt. Die Möglichkeit der weiteren Vorhaltung anderer Abteilungen wie		

<p>beispielsweise die Geburtshilfe richtet sich nach entsprechend festgestelltem Bedarf. Die meisten Bundesländer verzichten allerdings in ihren Krankenhausgesetzen auf die Einteilung in Versorgungsstufen, so auch in M-V. In M-V wird im Krankenhausplan lediglich für die Krankenhausstandorte Bettenzahl, Fachabteilungen und Aus- und Weiterbildungsstätten und -plätze festgelegt.</p> <p>Gemäß § 108 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) sind die Krankenkassen verpflichtet, die Behandlungskosten stationärer Patienten der Plankrankenhäuser über die Fallpauschalen und Zusatzentgelte zu erstatten. Gleichzeitig sind die Krankenkassen unmittelbare Beteiligte an der Krankenhausplanung und -fortschreibung. Allein darin besteht bereits ein Konflikt, der unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten der medizinisch notwendige Vorsorge widerspricht. Die Krankenhausträger sind zwar verpflichtet sparsam und wirtschaftlich zu arbeiten, aber gerade in dünn besiedelten Räumen kommt es oftmals zu wirtschaftlichen Defiziten. Für diesen Fall hat der Gemeinsame Bundesausschuss am 24.11.2016 den „Beschluss über die Erfassung und Regelung für die Vereinbarung von Sicherstellungszuschlägen gemäß § 136c (3) des SGB V“ gefasst.</p> <p>In diesem Beschluss wurde zur bundeseinheitlichen Regelung unter anderem festgelegt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Definition geringer Versorgungsbedarf • die Festlegung der basisversorgungsrelevanten Leistungen und • Feststellung der Erreichbarkeit in Fahrminuten 	
--	--

<p>Die basisversorgungsrelevanten Leistungen beinhalten lt. Beschluss explizit die Abteilungen Innere, Chirurgie und untere Notfallversorgung. Werden in diesen Abteilungen Gewinne erarbeitet, ist alles in Ordnung und diese Krankenhäuser können die Gewinne zum Abfangen von Unterdeckungen anderer Abteilungen nutzen. Aber gleichzeitig wird mit Beschluss vom 24.11.2016 sehr deutlich dargestellt, dass kein Krankenhaus gezwungen werden kann, neben den Abteilungen Innere, Chirurgie und untere Notfallversorgung eine Abteilung vorzuhalten, die nicht wirtschaftlich arbeitet. Krankenhäuser werden noch stärker als bisher einen Antrag auf Schließung der nicht kostendeckenden Abteilungen beim zuständigen Gesundheitsministerium stellen.</p> <p>Die Abteilung Geburtshilfe ist nachweislich an den meisten Krankenhäusern der Grund- und Regelversorgung aber auch an Schwerpunktkrankenhäuser und Krankenhäuser der Maximalversorgung defizitär, obwohl 98,5 Prozent der Geburten in Krankenhäusern erfolgen. Einer der wesentlichsten Gründe dafür ist der hohe Personalaufwand. Nach starkem Geburtenrückgang in den Jahren 1990 bis 2014 von ca. 11 Prozent haben bundesweit 42 und in M-V sogar ca. 46 Prozent der Kreißsäle geschlossen. Das hat zur Folge, dass ein Krankenhaus mit Geburtshilfe in Flächenländern wie Schleswig-Holstein, Niedersachsen oder M-V weder in einer Fahrzeit von 30 Minuten noch 60 Minuten erreicht werden kann. Besonders problematisch stellt sich die Situation für Geburtenabteilungen im Küstenbereich und bei Inseln dar und verschärft sich extrem auf Grund der Verkehrslage in den Saisonzeiten. Lt. dem „Runden Tisch Geburtshilfe“, an dem Krankenhäuser,</p>	
--	--

<p>Kassen und Politik beteiligt waren, sind Anfahrten zwischen 20 und 45 Minuten zumutbar.</p> <p>Der Trend zur weiteren Schließung von Geburtenabteilung setzt sich bundesweit besonders nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Reform der Strukturen der Krankenhausversorgung (KHSVG) am 01.01.2016 ungebremst weiter fort. Dabei werden in den verschiedenen Bundesländern unterschiedlichste Qualitätsstandards für die Schließung der Geburtenabteilungen zur Begründung angeführt. Unterschiedlich werden auch die Qualitätsmaßstäbe von Krankenkassen, Krankenhausgesellschaft, Ärztekammer und Ärzten ausgelegt. So werden Geburtenabteilungen die fachliche Kompetenz teils mit einer Geburtenzahl unter 300, teils unter 700 abgesprochen.</p> <p>Völlig unberücksichtigt bleibt die Trendwende zu einer höheren Geburtenstatistik seit dem Jahr 2012 in Gesamtdeutschland und der Wiederanstieg der Geburten in den neuen Bundesländern nach dem starken Einbruch der Geburtenzahlen zwischen 1991 bis 2012. Zukünftig wird einerseits zu berücksichtigen sein, dass die Geburtenzahlen durch die Zuwanderung aber auch andererseits durch das gestiegene Alter der Mütter bei der Geburt steigen wird. Positiv wirkt sich auch auf die Zahl der Geburten aus, dass seit den letzten 10 Jahren die Kinderzahl von Akademikern leicht angestiegen ist.</p> <p>Die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung für Geburten im Einklang mit den Erreichbarkeitsstandards gemäß der Raumordnungsgesetzen der einzelnen Bundesländer ist in keiner Weise garantiert und auch nicht bundeseinheitlich. Der Gemeinsame Bundesausschuss hat lt. gesetzlichem Auftrag die Befugnis die notwendigen</p>	
--	--

	<p>Vorhaltungen für sicherstellungsfähige Leistungen zu definieren. Er kann die Geburtshilfe in den Leistungskatalog aufnehmen.</p> <p>Wir fordern die Politik auf, sich für eine Lösung durch finanzielle Absicherung von kleineren Geburtenstationen einzusetzen.</p>	
--	---	--

Antragsbereich B/Antrag 2

ASF

	Gerechte Bezahlung in den Hilfeinrichtungen des Landes	Gerechte Bezahlung in den Hilfeinrichtungen des Landes													
<p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p>	<p>Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Die SPD Mecklenburg-Vorpommern fordert die SPD-Landtagsfraktion auf, sich für eine Anpassung der Personalkostenförderungen der Landesregierung für die Arbeit der Einrichtungen des Hilfenetzes bei häuslicher und sexualisierter Gewalt in M-V einzusetzen und den tariflichen Entwicklungen der letzten 12 Jahre anzupassen.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Seit über 25 Jahren haben sich die Schutz- und Beratungseinrichtungen zu einer tragenden Säule im Hilfesystem unseres Bundeslandes entwickelt, auch dank der Unterstützung des Landes M-V. Die Mitarbeitenden leisten professionelle Arbeit auf hohem fachlichem Niveau bei der Bewältigung der Folgen von Gewalt an Frauen und Kindern sowie in der Prävention und Netzwerkarbeit. Anti-Gewalt-Einrichtungen leisten damit einen wichtigen gesellschaftlichen</p>	<table border="1"> <thead> <tr> <th data-bbox="850 978 1109 1034">Empfehlung der AK</th> <th data-bbox="1117 978 1361 1034">Beschluss des LPT</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="850 1034 1109 1090"><input type="checkbox"/> redaktionell</td> <td data-bbox="1117 1034 1361 1090"><input type="checkbox"/> redaktionell</td> </tr> <tr> <td data-bbox="850 1090 1109 1146"><input type="checkbox"/> Annahme</td> <td data-bbox="1117 1090 1361 1146"><input checked="" type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK</td> </tr> <tr> <td data-bbox="850 1146 1109 1202"><input type="checkbox"/> Ablehnung</td> <td data-bbox="1117 1146 1361 1202"><input type="checkbox"/> Annahme</td> </tr> <tr> <td data-bbox="850 1202 1109 1258"><input type="checkbox"/> Überweisung an: Landtagsfraktion</td> <td data-bbox="1117 1202 1361 1258"><input type="checkbox"/> Ablehnung</td> </tr> <tr> <td></td> <td data-bbox="1117 1258 1361 1314"><input type="checkbox"/> Überweisung an:</td> </tr> </tbody> </table>	Empfehlung der AK	Beschluss des LPT	<input type="checkbox"/> redaktionell	<input type="checkbox"/> redaktionell	<input type="checkbox"/> Annahme	<input checked="" type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK	<input type="checkbox"/> Ablehnung	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> Überweisung an: Landtagsfraktion	<input type="checkbox"/> Ablehnung		<input type="checkbox"/> Überweisung an:	
Empfehlung der AK	Beschluss des LPT														
<input type="checkbox"/> redaktionell	<input type="checkbox"/> redaktionell														
<input type="checkbox"/> Annahme	<input checked="" type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK														
<input type="checkbox"/> Ablehnung	<input type="checkbox"/> Annahme														
<input type="checkbox"/> Überweisung an: Landtagsfraktion	<input type="checkbox"/> Ablehnung														
	<input type="checkbox"/> Überweisung an:														

30	Beitrag zur inneren Sicherheit in M-V.	
35	<p>Doch ihre Existenz ist massiv gefährdet. Die Träger des Hilfenetzes in M-V haben aufgrund einer stark erhöhten Fluktuation zunehmend das Problem, Personalstellen wieder neu zu besetzen. Bei der Suche nach qualifizierten Fachkräften kämpfen die Träger des Hilfenetzes mit zwei Problemen:</p>	
40	<p>1. Die ungenügende finanzielle Ausstattung der Einrichtungen erschwert es in Zeiten des Fachkräftemangels massiv, Mitarbeiter*innen zu werben bzw. längerfristig zu binden.</p>	
45	<p>Die Landesregierung M-V fördert seit Anfang der 1990er Jahre die Einrichtungen des Hilfe-netzes (anteilig oder zu 100%), seit 2013 gleichbleibend mit 2,16 Mio. EUR. Die Zuwendungen an die Träger wurden im Jahr 2005 mit der Einführung von Pauschalen eingefroren. Die Förderung der Personalkosten wurde seitdem einmalig um 5,3 % erhöht, aber auch nur für einige Einrichtungen. Laut öffentlichem Tarifvertrag für den Sozialdienst gab es im selben Zeitraum eine Tarifsteigerung zw. 26 % und 34 %.</p>	
60	<p>2. Die prekären Arbeitsbedingungen (bedrückendes Arbeitsthema / geringe Personalstärke / hohe Arbeitsbelastung / unregelmäßige Arbeitszeit) führen zu einer hohen Fluktuation von Mitarbeiter*innen. Junge und gut ausgebildete Fachkräfte suchen ihr Glück in anderen Bundesländern und wandern dorthin ab, wo es mehr Geld gibt und bessere Arbeitsbedingungen.</p>	
65	<p>All dies bedroht die derzeitige Hilfestruktur für Betroffene von häuslicher und sexualisierter Gewalt in unserem Bundesland in seiner Wirksamkeit.</p>	

<p>Da der Mindestlohn auch per gesetzlicher Verfügung angeordnet werden kann, ist es unsere Pflicht dafür Sorge zu tragen, dass dieser Ungerechtigkeit ein Ende gesetzt wird und den betroffenen Arbeitnehmern in Mecklenburg-Vorpommern der Mindestlohn II gezahlt werden muss.</p> <p>Dies ist auch vor dem bereits aktuell bestehenden Fachkräftemangel vor allem auch im Baugewerbe dringend geboten. Ohne eine angemessene Bezahlung wird sich der Mangel an gut ausgebildeten Arbeitern weiter scharf verstärken. Gerade in Anbetracht der aktuellen Zahlen des erwarteten hohen Wachstums der großen Zentren, vor allem Rostock und Umland, ist es unabdingbar die Arbeiter gerecht zu bezahlen. Dies stellt auch eine Anerkennung ihrer schweren körperlichen Arbeit dar, die kaum bis zum Erreichen des Rentenalters möglich ist, was wiederum die Gefahr der Altersarmut erhöht.</p>	<p>der Mindestlohn I in Höhe von 11,30 Euro. Dieser Mindestlohn ist dem Ursprung nach nur für ungelerntes Personal und somit nur für Arbeiter ohne abgeschlossene Ausbildung zu zahlen.</p> <p>In den alten Bundesländern gibt es zusätzlich zum Mindestlohn I (11,70 Euro) für Ungelernte einen Mindestlohn II für gelernte Arbeiter im Bauhauptgewerbe in Höhe von 14,70 Euro (Berlin 14,55 Euro).</p> <p>Nach Angabe des Statistischen Bundesamts verrichten in Mecklenburg-Vorpommern ca. 83 % der Beschäftigten Tätigkeiten, die eine zwingende Entlohnung über dem Mindestlohn I erfordern. Die betroffenen Arbeitnehmer können die gerechte Entlohnung nicht gegenüber Ihren Arbeitgebern durchsetzen, weil die Arbeitgeber und deren Bauverband EV nicht dem Tarifgefüge</p>	
--	---	--

		<p>unterliegen.</p> <p>Da der Mindestlohn auch per gesetzlicher Verfügung angeordnet werden kann, ist es unsere Pflicht dafür Sorge zu tragen, dass dieser Ungerechtigkeit ein Ende gesetzt wird und den betroffenen Arbeitnehmern in Mecklenburg-Vorpommern der Mindestlohn II gezahlt werden muss.</p> <p>Dies ist auch vor dem bereits aktuell bestehenden Fachkräftemangel vor allem auch im Baugewerbe dringend geboten. Ohne eine angemessene Bezahlung wird sich der Mangel an gut ausgebildeten Arbeitern weiter scharf verstärken. Gerade in Anbetracht der aktuellen Zahlen des erwarteten hohen Wachstums der großen Zentren, vor allem Rostock und Umland, ist es unabdingbar die Arbeiter gerecht zu bezahlen. Dies stellt auch eine Anerkennung ihrer</p>	
--	--	---	--

		schweren körperlichen Arbeit dar, die kaum bis zum Erreichen des Rentenalters möglich ist, was wiederum die Gefahr der Altersarmut erhöht.	
--	--	--	--

Antragsbereich B/Antrag 4

KV HRO

	Solidarität mit Geflüchteten	Solidarität mit Geflüchteten	
		Empfehlung der AK	Beschluss des LPT
5	<p>„Die SPD Mecklenburg-Vorpommern fordert alle ihr überstehenden Gliederungen auf, sich dafür einzusetzen, besonders mit einem Augenmerk auf die 65 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht, allen Schutzbedürftigen eine solidarische Niederlassung in Europa ohne staatliche Diskriminierung zu gewährleisten. Im engeren Sinne bedeutet dies:</p> <ul style="list-style-type: none"> • keine Akzeptanz für Gewalt gegen Geflüchtete, • keine Obergrenzen für die Aufnahme von Kriegs- und Katastrophengeflüchteten sowie politisch Verfolgten, • keine Abkommen mit Staaten, in denen die Menschenrechte massiv missachtet werden, sondern faire und menschengerechte Lösungen in einem Miteinander der europäischen Mitgliedsstaaten, • mehr Angebote für Integration und ein Schluss der Leitkulturdebatte, • ein Voranbringen des multikulturellen Dialogs durch die SPD innerhalb Deutschlands, • keine „Zwangsintegration“ von 	<input type="checkbox"/> redaktionell <input checked="" type="checkbox"/> Annahme in geänderter Form	<input type="checkbox"/> redaktionell <input checked="" type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK
10		<p>„Die SPD Mecklenburg-Vorpommern setzt sich auf allen Ebenen – mit besonderem Augenmerk auf die 65 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht – dafür ein, dass allen Schutzbedürftigen eine solidarische Niederlassung in Europa ohne staatliche Diskriminierung gewährt wird:</p>	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an:
15		<ul style="list-style-type: none"> • keine Akzeptanz für Gewalt gegen Geflüchtete, • keine Obergrenzen für die Aufnahme von Kriegs- und Katastrophengeflüchteten 	<ul style="list-style-type: none"> • keine Akzeptanz für Gewalt gegen Geflüchtete, • keine Obergrenzen für die Aufnahme von Kriegs- und Katastrophengeflüchteten
20		<ul style="list-style-type: none"> • keine Abkommen mit Staaten, in denen die Menschenrechte massiv missachtet werden, sondern faire und menschengerechte Lösungen in einem Miteinander der europäischen Mitgliedsstaaten, 	
25		<ul style="list-style-type: none"> • mehr Angebote für Integration und ein Schluss der Leitkulturdebatte, • ein Voranbringen des multikulturellen Dialogs durch die SPD innerhalb Deutschlands, 	
30	<ul style="list-style-type: none"> • keine „Zwangsintegration“ von 		

35	<p>Geflüchteten durch die Forderung der vollkommenen Anpassung von Geflüchteten und</p> <p>die Fokussierung auf die soziale Ungleichheit zwischen der westlichen Welt und den Entwicklungsländern sowie ein Ende für deren Ausbeutung.“</p>	<p>en sowie politisch Verfolgten,</p> <ul style="list-style-type: none"> • keine Abkommen mit Staaten, in denen die Menschenrechte massiv missachtet werden, sondern faire und menschengerechte Lösungen in einem Miteinander der europäischen Mitgliedsstaaten, • mehr Angebote für Integration und ein Schluss der Leitkulturdebatte, • ein Voranbringen des multikulturellen Dialogs durch die SPD innerhalb Deutschlands, • Respekt für die Identität der Geflüchteten und deren Bestreben, sich nicht „zwangsintegrieren“ zu lassen, sondern im Rahmen der Bundesdeutschen Verfassungswerte und Gesetze ihre Persönlichkeit frei entfalten zu können <p>die Fokussierung auf die soziale Ungleichheit zwischen der westlichen Welt und den Entwicklungsländern sowie ein Ende für deren Ausbeutung.“</p>	
----	---	---	--

	„Ohne Umverteilung keine Solidarität – Die Gesellschaft wieder ins Lot bringen. JETZT!“	„Ohne Umverteilung keine Solidarität – Die Gesellschaft wieder ins Lot bringen. JETZT!“												
	Der Landesparteitag möge beschließen:	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Empfehlung der AK</th> <th>Beschluss des LPT</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td><input type="checkbox"/> redaktionell</td> <td><input type="checkbox"/> redaktionell</td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Annahme</td> <td><input type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK</td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Ablehnung</td> <td><input type="checkbox"/> Annahme</td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Überweisung an:</td> <td><input type="checkbox"/> Ablehnung</td> </tr> <tr> <td>Erledigt durch Verfahrensvorschlag für den Leitantrag</td> <td><input type="checkbox"/> Überweisung an: Erledigt durch Verfahrensvorschlag für den Leitantrag</td> </tr> </tbody> </table>	Empfehlung der AK	Beschluss des LPT	<input type="checkbox"/> redaktionell	<input type="checkbox"/> redaktionell	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK	<input type="checkbox"/> Ablehnung	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> Überweisung an:	<input type="checkbox"/> Ablehnung	Erledigt durch Verfahrensvorschlag für den Leitantrag	<input type="checkbox"/> Überweisung an: Erledigt durch Verfahrensvorschlag für den Leitantrag
Empfehlung der AK	Beschluss des LPT													
<input type="checkbox"/> redaktionell	<input type="checkbox"/> redaktionell													
<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK													
<input type="checkbox"/> Ablehnung	<input type="checkbox"/> Annahme													
<input type="checkbox"/> Überweisung an:	<input type="checkbox"/> Ablehnung													
Erledigt durch Verfahrensvorschlag für den Leitantrag	<input type="checkbox"/> Überweisung an: Erledigt durch Verfahrensvorschlag für den Leitantrag													
5	„Die SPD sollte bei der Bundestagswahl am 24. September eine Politik der solidarischen Umverteilung und des sozialen Ausgleichs zum zentralen Wahlkampfthema machen.													
10	Dies beinhaltet die Novellierung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, mit dem Ziel einer größeren Beteiligung von Großerben an der Solidargemeinschaft, die verfassungskonforme													
15	Wiedererhebung der Vermögenssteuer, die Einführung der Finanzmarkttransaktionssteuer, den Einsatz für die Einführung einer europäischen													
20	Mindestunternehmenssteuer, die Gleichstellung von Zins- und Erwerbseinkommen bei der Besteuerung sowie die Ersetzung des Ehegattensplittings durch eine verfassungskonforme													
25	Individualbesteuerung. Die SPD hat schon lange konkrete Konzepte hierfür beschlossen, diese sollten wieder in den Vordergrund gestellt werden.“													

KV HRO

Mehr Steuergerechtigkeit in Mecklenburg-Vorpommern		Mehr Steuergerechtigkeit in Mecklenburg-Vorpommern	
	Der Landesparteitag möge beschließen:	Empfehlung der AK	Beschluss des LPT
5	Die SPD M-V setzt sich für mehr Steuergerechtigkeit und den Kampf gegen Steuerkriminalität in Mecklenburg-Vorpommern ein. Um diesem Ziel gerecht zu werden, werden die SPD-Landtagsfraktion und der Finanzminister aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der personelle Bedarf der Steuerfahndung in Mecklenburg-Vorpommern auf die Maximierung der eingetriebenen Steuern hin geprüft und die ermittelten Mehrbedarfe an Stellen bis zum Ende der Legislatur besetzt werden.	<input type="checkbox"/> redaktionell <input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an: Landtagsfraktion	<input type="checkbox"/> redaktionell <input type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK <input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an: zurückgestellt
10			
15			
20	Dabei sind die Finanzämter so auszustatten, dass durchschnittliche Betriebsprüfungsintervalle von drei bis fünf Jahren flächendeckend garantiert werden können.		

Antragsbereich B/ Antrag 7

KV VR

Schülertransport für alle Schülerinnen und Schüler kostenfrei		Schülertransport für alle Schülerinnen und Schüler kostenfrei	
	Der Landesparteitag möge beschließen:	Empfehlung der AK	Beschluss des LPT
5	Bildung soll von der Kita bis zur Universität kostenlos sein. Für das Flächenland Mecklenburg-Vorpommern, wo Wege zu Bildungsstätten weit sein können, ist das Ziel der Kostenfreiheit eine Frage der	<input type="checkbox"/> redaktionell <input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an: Landtagsfraktion	<input type="checkbox"/> redaktionell <input checked="" type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK <input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung

10	Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe am öffentlichen Leben.	<input type="checkbox"/> Überweisung an:
15	<p>Natürlich zählt da auch der Weg zur Schule und zur Berufsschule dazu.</p>	
20	<p>Wir wollen den Einstieg in kostenfreie Beförderung zu allen Bildungsstätten des Landes, sei es durch Schüler- oder Azubi-Tickets, Studi-Tickets oder durch einheitliche Übernahmestrukturen an allgemeinbildenden Schulen.</p>	
25	<p>Die Landesregierung und unsere Landtagsfraktion werden aufgefordert dafür, auch schrittweise, Voraussetzungen zu schaffen, dass dieses Ziel ab Beginn des Jahres 2020 umgesetzt werden kann.</p>	
30	<p>Jede Anstrengung, die eine Entlastung von Schülerinnen und Schülern an allgemeinbildenden Schulen sowie für Auszubildende an Beruflichen Schulen nach sich zieht, wird von uns</p>	
35	<p>ausnahmslos unterstützt.</p>	

Infrastruktur

Antragsbereich D/ Antrag 1

KV HRO

	Anbindung des Flughafens Rostock-Laage an das ÖPNV-Netz	Anbindung des Flughafens Rostock-Laage an das ÖPNV-Netz	
5	Der Landesparteitag möge beschließen: „Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich mittelfristig für die Anbindung des Flughafens Rostock-Laage an das Netz des Öffentlichen Personennahverkehrs einzusetzen. Die Zielstellung soll sein, im Rahmen einer gesamten Nahverkehrskonzeption für die Region Rostock und den Flughafen Rostock-Laage über eine Bahnverbindung (EBO-/Stadtbahnsystem) an den Hauptbahnhof Rostock, das Kreuzfahrtterminal Rostock-Warnemünde und den Seehafen Rostock anzubinden.“	Empfehlung der AK	Beschluss des LPT
10		<input type="checkbox"/> redaktionell	<input type="checkbox"/> redaktionell
15		<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an: Wiederaufnahme auf Landesparteitag	<input checked="" type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK <input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an: Erledigt durch D6

Antragsbereich D/ Antrag 2

KV VG

	Änderung des Gültigkeitsbereichs des Mecklenburg-Vorpommern-Tickets – Qualität des Bahnangebotes in M-V stärken	Änderung des Gültigkeitsbereichs des Mecklenburg-Vorpommern-Tickets – Qualität des Bahnangebotes in M-V stärken	
5	Der Landesparteitag der SPD Mecklenburg-Vorpommern möge beschließen: Der SPD-Kreisverband Vorpommern-Greifswald bittet die Mitglieder des Landesvorstands, sich intensiv mit der Situation des Bahnverkehrs in M-V auseinander zu setzen und ein Konzept zur Qualitätssicherung und Stärkung des	Empfehlung der AK	Beschluss des LPT
10		<input type="checkbox"/> redaktionell	<input type="checkbox"/> redaktionell
15		<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an: Wiederaufnahme auf Landesparteitag	<input checked="" type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK <input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an:

	Bahnverkehrs in M-V zu entwickeln.	Erledigt durch D6
15	Es sollten insbesondere folgende Maßnahmen zur Qualitätssicherung und zur Verbesserung des Bahnangebotes in M-V geprüft und umgesetzt werden:	
20	<ul style="list-style-type: none"> - ein preislich und leistungstechnisch mit dem Schleswig-Holstein-Ticket vergleichbares Angebot für die Anbindung des östlichen Landesteiles von M-V nach Berlin 	
25	<ul style="list-style-type: none"> („Änderung des Gültigkeitsbereichs des Mecklenburg-Vorpommern-Tickets“), 	
30	<ul style="list-style-type: none"> - eine Erhöhung der Taktung der Bahnverbindungen im östlichen Landesteil von und nach Berlin, 	
35	<ul style="list-style-type: none"> - eine Verbesserung der Übergänge zwischen den verschiedenen Regionalbahnlinien sowie zwischen Regionalbahnlinien und dem Fernverkehr – besonders bei West-Ost-Verbindungen und 	
40	<ul style="list-style-type: none"> - eine Beibehaltung und Stärkung der Bahnanbindung besonders stark frequentierter touristischer Ziele in M-V, wie z.B. der Insel Usedom durch die Usedomer Bäderbahn oder des Darß mittels der sogenannten Darßbahn als 	
45	<ul style="list-style-type: none"> Verlängerung der Bahnverbindung Stralsund – Velgast – Barth – Zingst – Prerow. 	
50	<p><u>Begründung:</u></p> <p>Für unser Flächenland ist ein attraktives Angebot der Deutschen Bahn AG sowohl im Fernverkehr, als auch im Nahverkehr von großer Bedeutung. Ein attraktives Bahnangebot trägt gerade auch in einer Tourismusregion wie Mecklenburg-Vorpommern sowohl zur Verringerung des Individualverkehrs und damit zur Vermeidung von umwelt- und gesundheitsschädigenden Emissionen</p>	

bei, als auch zur Unterstützung und Aufrechterhaltung der Mobilität in der Fläche. Hierbei ist gerade auch die Situation von Personen und Personengruppen mit geringerem Einkommen, wie z.B. jungen Familien, Auszubildenden, Studierenden oder älteren Menschen und Rentner/-innen zu berücksichtigen.

Um das Bahnangebot insbesondere im östlichen Landesteil von Mecklenburg-Vorpommern nicht nur zukunftsicher zu machen, sondern auch attraktiv zu gestalten und damit mehr Personen ‚von der Straße auf die Schiene‘ zu bekommen, halten wir eine Erhöhung der Zugtaktung auf den Bahnstrecken nach Berlin für wichtig. Ebenso eine Verbesserung der Übergänge zwischen den verschiedenen Regionalbahnlinien sowie zwischen Regionalbahnlinien und dem Fernverkehr – besonders bei West-Ost-Verbindungen. Die Erweiterung des Gültigkeitsbereiches des Mecklenburg-Vorpommern-Tickets bis nach Berlin ist für uns ebenso eine wichtige Maßnahme, um den Bahnverkehr im Land für viele Menschen attraktiv zu machen.

So kann man zwar mit dem Mecklenburg-Vorpommern-Ticket der DB alle Züge des Regionalverkehrs in unserem Bundesland sowie darüber hinaus Regionalzüge nach Hamburg und nach Stettin (Szczecin) für einen Preis von 23,- € pro Person am Tag nutzen.

Dieses Angebot stellt aber faktisch eine Schlechterstellung der Bürger im östlichen Landesteil dar. Während eine Anreise aus dem mecklenburgischen Teil des Landes nach Hamburg in vertretbarer Zeit schaffbar ist, kann man dieses vom vorpommerschen Teil nicht behaupten. Beispielsweise dauert eine Fahrt von Anklam nach Hamburg mit etwa fünf Stunden etwa doppelt so lang wie eine Fahrt nach Berlin, für die man etwas über

<p>zweieinhalb Stunden rechnen muss. Eine wirkliche Anbindung an eine Metropole im Rahmen eines Spartickets ist somit nicht gegeben.</p> <p>Die Anbindung an Stettin (Szczecin) kann dies nicht ausgleichen, einerseits weil die polnische Stadt keinen Metropolencharakter wie Hamburg oder Berlin hat, andererseits weil auch mangels hinreichender Polnischkenntnisse des überwiegenden Anteils der Bevölkerung dort bestehende Angebote nur sehr eingeschränkt nutzbar sind.</p> <p>Junge Familien und finanzschwächere Menschen (z.B. darunter auch Auszubildende, Studierende und häufig auch Rentner/-innen) sollten auch in Vorpommern die Möglichkeit erhalten, zu günstigen Preisen in die nächste Metropolstadt – und das ist für Vorpommern nun einmal Berlin und nicht Hamburg – fahren zu können.</p> <p>Wir fordern daher, dass der östliche Landesteil, der über die Linien RE 3, RE 4 (östl. beginnend ab Neubrandenburg), RE 5 sowie RE 9, RE 23, RE 24, RE 25 und der UBB an das Bahnnetz angebunden ist, ein preislich und leistungstechnisch mit dem Schleswig-Holstein-Ticket vergleichbares Angebot erhält, mit dem er vergleichbar dem jetzigen Mecklenburg-Vorpommern, nach Berlin gelangen kann.</p> <p>Dieses wäre im Gegenzug auch für viele Berliner interessant, da diesen dann eine preisgünstige Möglichkeit eingeräumt würde, für einen Tagesausflug an die Ostsee fahren zu können, ohne auf ein Auto angewiesen zu sein.</p> <p>Eine Bahnverbindung von Stralsund über Velgast und Barth nach Zingst und Prerow auf dem Darß würde zudem dazu beitragen, ein weiteres besonders stark frequentiertes Urlaubsziel in M-V mit</p>	
--	--

	einem öffentlichen Verkehrsmittel zu erreichen.	
--	---	--

Antragsbereich D/ **Antrag 3**

KVVG

	Änderung der Bemessung der Stromnetznutzungsentgelte	Änderung der Bemessung der Stromnetznutzungsentgelte	
	Der Landesparteitag möge beschließen:	Empfehlung der AK	Beschluss des LPT
5	Der Landesvorstand wird beauftragt, sich aktiv für eine Änderung der Bemessungsgrundlage der Stromnetznutzungsentgelte dahingehend einzusetzen, dass die Kosten für die Durchleitung erneuerbaren Energien nicht mehr auf die Stromnutzer der jeweiligen Region, sondern auf die Nutzer der gesamten Bundesrepublik umgelegt werden. Hierzu gibt es bereits einige Bestrebungen aber auch Länder, die dies ablehnen.	<input type="checkbox"/> redaktionell	<input type="checkbox"/> redaktionell
10		<input type="checkbox"/> Annahme	<input checked="" type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK
		<input type="checkbox"/> Ablehnung	<input type="checkbox"/> Annahme
15	Begründung:	<input type="checkbox"/> Überweisung an: Durch Leitantrag (Zeile 397) erledigt	<input type="checkbox"/> Ablehnung
	Mecklenburg-Vorpommern produziert mehr erneuerbaren Energien als im eigenen Land verbraucht werden können. Daher ist es unabdingbar, dass Strom in andere Bundesländer exportiert wird. Die hierfür anfallenden Kosten (Netznutzungsentgelte) werden jedoch weder dem Erzeuger noch dem Verbraucher der erneuerbaren Energien auferlegt, sondern den Verbrauchern in der jeweiligen Region. Dies ist ein Hauptgrund dafür, dass die Endverbraucher in MV mit die höchsten Stromkosten zu tragen haben. Gerade auch vor dem Hintergrund, dass das durchschnittliche Einkommen in MV das niedrigste im Bundesvergleich ist, empfinden dies viele Einwohner		<input type="checkbox"/> Überweisung an:

ungerecht.	
------------	--

Antragsbereich D/ Antrag 4

Ortsverein Insel-Usedom/ Ortsverein Wolgast

	Änderungsantrag zum Antrag des SPD-Kreisverbands Vorpommern-Greifswald an den Landesparteitag der SPD (13.05.2017) zur „Änderung des Gültigkeitsbereichs des Mecklenburg-Vorpommern-Tickets“	Änderungsantrag zum Antrag des SPD-Kreisverbands Vorpommern-Greifswald an den Landesparteitag der SPD (13.05.2017) zur „Änderung des Gültigkeitsbereichs des Mecklenburg-Vorpommern-Tickets“												
5	Der Landesparteitag möge beschließen: Statt	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Empfehlung der AK</th> <th>Beschluss des LPT</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td><input type="checkbox"/> redaktionell</td> <td><input type="checkbox"/> redaktionell</td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Annahme</td> <td><input type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK</td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Ablehnung</td> <td><input type="checkbox"/> Annahme</td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Überweisung an:</td> <td><input type="checkbox"/> Ablehnung</td> </tr> <tr> <td>Wiederaufnahme auf Landesparteitag</td> <td><input type="checkbox"/> Überweisung an: Erledigt durch D6</td> </tr> </tbody> </table>	Empfehlung der AK	Beschluss des LPT	<input type="checkbox"/> redaktionell	<input type="checkbox"/> redaktionell	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK	<input type="checkbox"/> Ablehnung	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> Überweisung an:	<input type="checkbox"/> Ablehnung	Wiederaufnahme auf Landesparteitag	<input type="checkbox"/> Überweisung an: Erledigt durch D6
Empfehlung der AK	Beschluss des LPT													
<input type="checkbox"/> redaktionell	<input type="checkbox"/> redaktionell													
<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK													
<input type="checkbox"/> Ablehnung	<input type="checkbox"/> Annahme													
<input type="checkbox"/> Überweisung an:	<input type="checkbox"/> Ablehnung													
Wiederaufnahme auf Landesparteitag	<input type="checkbox"/> Überweisung an: Erledigt durch D6													
10	"eine Beibehaltung und Stärkung der Bahnanbindung besonders stark frequentierter touristischer Ziele in M-V, wie z.B. der Insel Usedom durch die Usedomer Bäderbahn oder des Darß mittels der sogenannten Darßbahn als Verlängerung der Bahnverbindung Stralsund – Velgast – Barth – Zingst – Prerow."													
15	sollte es heißen: "- zwei empfindliche Lücken im vorpommerschen, überwiegend touristisch geprägten Eisenbahnnetz, die Südanbindung der Insel Usedom über Karnin und die sog. Darß-Bahn, sind mittel- bis längerfristig zu schließen. Diese Projekte stärken auch die Hauptmagistrale Berlin - Stralsund und machen kürzere Takt- und Fahrtzeiten zwischen Berlin und Stralsund insbesondere in den Urlaubszeiten wirtschaftlicher."													

Antragsbereich D/ **Antrag 5**

KV VR

Zugverbindungen im KV VR		Zugverbindungen im KV VR	
	Der Landesparteitag möge beschließen:	Empfehlung der AK	Beschluss des LPT
5	01. Bahnstrecke BG 25 Stralsund – Barth weiter bereitstellen	<input type="checkbox"/> redaktionell	<input type="checkbox"/> redaktionell
10	Da die Strecke nicht mehr im Teilnetz Usedom ausgeschrieben wurde und auch im aktuellen Beteiligungsverfahren der Verkehrsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbh (VMV) nicht aufgeführt ist, besteht die Befürchtung, dass diese stillgelegt werden soll.	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK
		<input type="checkbox"/> Ablehnung	<input type="checkbox"/> Annahme
		<input type="checkbox"/> Überweisung an:	<input type="checkbox"/> Ablehnung
		Wiederaufnahme auf Landesparteitag	<input type="checkbox"/> Überweisung an: Erledigt durch D6
15	Ende März wurde bekannt, dass das Verkehrsministerium ein verändertes Angebotskonzept prüfe.		
	Die Bahnstrecke Stralsund - Barth ist nicht nur Daseinsvorsorge und ökologisches Verkehrsangebot für die Einheimischen, sondern auch unverzichtbarer Bestandteil für die Anbindung der Halbinsel Fischland-Darß-Zingst, eines der vorpommerschen Tourismuszentren mit mehr als 2,5 Millionen Übernachtungen im Jahr.		
	02. Die Planungen der Darßbahn werden fortgesetzt.		
	Eine gute Erreichbarkeit ist für eine Urlaubsregion ein wichtiges Kriterium. Aufgrund steigender Urlauberverkehre hat die Region ein erhebliches Verkehrsaufkommen, dass durch den Schienenverkehr stark entlastet werden könnte.		
	Aber insbesondere für die Bevölkerung ist eine Verbindung zwischen dem		

20	<p>Schienerpersonennahverkehr (SPNV) Planungssicherheit für die kommenden 15 Jahre. Die SPD Mecklenburg-Vorpommern steht für eine langfristige, auf Qualitätssicherung angelegte SPNV-Bestellstrategie für diese neue Regionalisierungsmittelperiode. Sofern sich dabei zusätzliche Handlungsspielräume eröffnen, will der SPD-Landesverband diese im SPNV in Mecklenburg-Vorpommern zur Systemstärkung eingesetzt wissen. Dazu können folgende Projekte gehören:</p> <ul style="list-style-type: none"> - eine mittelfristige Anbindung des Flughafens Rostock-Laage an den Hauptbahnhof der Hansestadt Rostock und gegebenenfalls das Kreuzfahrtterminal Warnemünde, - eine Veränderung des Mecklenburg-Vorpommern-Tickets in der Weise, dass eine Anbindung Berlins damit möglich wird, - Takterhöhungen im östlichen Landesteil gen Berlin und im westlichen Landesteil gen Hamburg, - verbesserte Übergangsmöglichkeiten zwischen verschiedenen Regionalbahnlinien, - eine Einbindung in benachbarte Verkehrsverbände des westlichen Landteils, - die fortgesetzte SPNV-Erschließung der touristisch besonders relevanten Inseln Rügen und Usedom sowie künftig des Fischland-Darss-Zingst. <p>Der SPD-Landesverband sieht den durch die Kreise getragenen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) durch Busse und den durch das Land getragenen SPNV als sich ergänzende, miteinander verzahnte und zu verzahnende Mobilitätsangebote, nicht als gegensätzliche Konkurrenzsysteme.</p>	<p>Berlin und Hamburg zu gewährleisten. Mit dem Kompromiss zwischen Bund und Ländern zur künftigen Ausstattung mit Regionalisierungsmitteln besteht im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) Planungssicherheit für die kommenden 15 Jahre. Die SPD Mecklenburg-Vorpommern steht für eine langfristige, auf Qualitätssicherung angelegte SPNV-Bestellstrategie für diese neue Regionalisierungsmittelperiode. Wir wollen dabei aktiv Handlungsspielräume nutzen und gestalten, um das SPNV-System in unserem Land in seiner Gesamtheit zu stärken. Dazu können folgende Projekte gehören:</p> <ul style="list-style-type: none"> - eine mittelfristige Anbindung des Flughafens Rostock-Laage an den Hauptbahnhof der Hansestadt Rostock und gegebenenfalls das Kreuzfahrtterminal Warnemünde, - eine Veränderung des Mecklenburg-Vorpommern-Tickets in der Weise, dass eine Anbindung Berlins damit möglich wird, - Takterhöhungen im östlichen Landesteil gen Berlin und im westlichen Landesteil gen Hamburg, - verbesserte Übergangsmöglichkeiten zwischen verschiedenen Regionalbahnlinien, - eine Einbindung in benachbarte Verkehrsverbände des westlichen Landteils, - die fortgesetzte SPNV-Erschließung der touristisch besonders relevanten Inseln Rügen und Usedom sowie künftig des Fischland-Darss-Zingst. <p>Der SPD-Landesverband sieht den durch die Kreise getragenen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) durch Busse und den durch das Land getragenen SPNV als sich ergänzende, miteinander verzahnte und zu verzahnende Mobilitätsangebote, nicht als gegensätzliche</p>	
----	---	--	--

	<p>Gleiches gilt für das Miteinander von Fern- und Nahverkehr auf der Schiene.</p> <p>Dies gilt auch für das Zusammenspiel der Zuständigkeiten des Bundes und des Landes für den Bahnverkehr. Hierbei liegt die Zuständigkeit für Investitionen in das Schienennetz in der Hand des Bundes. Der SPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern erwartet, dass der Bund dieser Aufgabe auch in den zwar dünner besiedelten, aber touristisch besonders relevanten Teilen unseres Landes ernsthaft wahrnimmt. Dazu gehört insbesondere die zeitnahe ernsthafte Prüfung und nachfolgende Umsetzung der Wiederherstellung der Bahnlinie Ducherow–Swinemünde/Heringsdorf über Karnin („Karniner Brücke“) sowie die Wiedererrichtung der Bahnstrecke zwischen Barth über Zingst nach Prerow („Darss-Bahn“), um in diesen touristischen Hotspots nachhaltige Verkehrslösungen durch die erforderlichen Investitionen in das Schienennetz zu unterstützen.</p>	<p>Konkurrenzsysteme. Gleiches gilt für das Miteinander von Fern- und Nahverkehr auf der Schiene.</p> <p>Dies gilt auch für das Zusammenspiel der Zuständigkeiten des Bundes und des Landes für den Bahnverkehr. Hierbei liegt die Zuständigkeit für Investitionen in das Schienennetz in der Hand des Bundes. Der SPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern erwartet, dass der Bund dieser Aufgabe auch in den zwar dünner besiedelten, aber touristisch besonders relevanten Teilen unseres Landes ernsthaft wahrnimmt. Dazu gehört insbesondere die zeitnahe ernsthafte Prüfung und nachfolgende Umsetzung der Wiederherstellung der Bahnlinie Ducherow–Swinemünde/Heringsdorf über Karnin („Karniner Brücke“) sowie die Wiedererrichtung der Bahnstrecke zwischen Barth über Zingst nach Prerow („Darss-Bahn“), um in diesen touristischen Hotspots nachhaltige Verkehrslösungen durch die erforderlichen Investitionen in das Schienennetz zu unterstützen</p>	

Landwirtschaft, Umwelt

Antragsbereich E/ Antrag 1

AG60plus

	Organische Düngemittel	Organische Düngemittel												
	Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Empfehlung der AK</th> <th>Beschluss des LPT</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td><input type="checkbox"/> redaktionell</td> <td><input type="checkbox"/> redaktionell</td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Annahme</td> <td><input checked="" type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK</td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Ablehnung</td> <td><input type="checkbox"/> Annahme</td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Überweisung an: Landtagsfraktion</td> <td><input type="checkbox"/> Ablehnung</td> </tr> <tr> <td></td> <td><input type="checkbox"/> Überweisung an:</td> </tr> </tbody> </table>	Empfehlung der AK	Beschluss des LPT	<input type="checkbox"/> redaktionell	<input type="checkbox"/> redaktionell	<input type="checkbox"/> Annahme	<input checked="" type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK	<input type="checkbox"/> Ablehnung	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> Überweisung an: Landtagsfraktion	<input type="checkbox"/> Ablehnung		<input type="checkbox"/> Überweisung an:
Empfehlung der AK	Beschluss des LPT													
<input type="checkbox"/> redaktionell	<input type="checkbox"/> redaktionell													
<input type="checkbox"/> Annahme	<input checked="" type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK													
<input type="checkbox"/> Ablehnung	<input type="checkbox"/> Annahme													
<input type="checkbox"/> Überweisung an: Landtagsfraktion	<input type="checkbox"/> Ablehnung													
	<input type="checkbox"/> Überweisung an:													
5	Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert sich zusammen mit anderen Fraktionen des Landtages dafür einzusetzen, dass die Einfuhren von organischen Düngemitteln (Gülle, Jauche, Stallmist, Kompost, Hühnertrockenkot usw.) sowie die im eigenen Bundesland anfallenden Mengen regelmäßig ermittelt und in einem Kataster erfasst werden.													
10														
15	Begründung: Der Grenzwert für den Nitratgehalt des Grundwassers wird in immer mehr Orten Deutschlands überschritten. Nur durch eine lückenlose Erfassung der Mengen an organischen													
20	Materialien, die im Wesentlichen in der Landwirtschaft zum Einsatz kommen, ist eine Einflussnahme auf eine Verbesserung der Grundwasserqualität zu erreichen.													

Antragsbereich E/ Antrag 2

KV VR

	Kompensationsmaßnahmen Bau Erdgas Pipeline	Kompensationsmaßnahmen Bau Erdgas Pipeline						
	Die verantwortlichen Ministerien der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns werden beauftragt für die auf der Insel Rügen geplanten Kompensationsmaßnahmen im	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Empfehlung der AK</th> <th>Beschluss des LPT</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td><input type="checkbox"/> redaktionell</td> <td><input type="checkbox"/> redaktionell</td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Annahme</td> <td><input checked="" type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK</td> </tr> </tbody> </table>	Empfehlung der AK	Beschluss des LPT	<input type="checkbox"/> redaktionell	<input type="checkbox"/> redaktionell	<input type="checkbox"/> Annahme	<input checked="" type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK
Empfehlung der AK	Beschluss des LPT							
<input type="checkbox"/> redaktionell	<input type="checkbox"/> redaktionell							
<input type="checkbox"/> Annahme	<input checked="" type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK							
5								

10	Zusammenhang mit dem Bau der Erdgaspipeline Nord Stream 2 alternative Varianten aufzuzeigen.	<input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an: Landtagsfraktion	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an:
15	Die neu vorgeschlagenen Projekte sollen entsprechend eine minimal Inanspruchnahme land- und forstwirtschaftlicher Flächen zur Folge haben.		
20	Die Umsetzung der aktuellen Planung ist gegenüber der Planfeststellungs- und Genehmigungsbehörde konsequent abzulehnen, da sie in großem Umfang zu einer Umwandlung und damit Entwertung bester Ackerstandorte führen würde.		
	Am 18. April hat das offizielle Beteiligungsverfahren für den Bau der Erdgaspipeline Nord Stream2 begonnen. Teil der Planung sind Kompensationsmaßnahmen für den Bau der Leitung, die auf der Insel Rügen umgesetzt werden sollen.		
	Dabei ist geplant in einer Kulissee von ca. 3.000 ha bis zu 1.200 ha größtenteils landwirtschaftlicher Nutzfläche zu renaturieren bzw. zu extensivieren. Hochwertiges Ackerland, das in der Region in großem Umfang zur Wertschöpfung beiträgt, soll unter anderem in extensives Grünland umgewandelt werden.		
	Standorte dieser ökologischen Qualität lassen sich nur mit sehr hohen Flächen bezogenen Subventionen bewirtschaften. Ein Zustand, der aus unserer Sicht auf keinen Fall erstrebenswert ist.		
	Umso unverständlicher ist es, dass der Pool an Kompensationsmaßnahmen, den es in der Region gibt, nicht genutzt wird.		

<p>Hier ist das Einvernehmen mit den Landnutzern, den Kommunen und den Flächeneigentümern in der Regel bereits hergestellt und die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Nutzfläche ist wesentlich geringer bzw. sogar ausgeschlossen.</p> <p>In den alternativen Kompensationsgebieten ist die privatrechtliche Verfügbarkeit der Flächen in weiten Teilen gesichert. Ein Umstand, der für die Planungen im Zusammenhang mit Nord Stream 2 auf keinen Fall zutrifft. Da es unter den Grundeigentümern massiven Widerstand gegen die Umsetzung der Kompensationsmaßnahme gibt wird hier maximal ein "Flickenteppich" durch Ankauf der Flächen verfügbar sein. Dieser Zustand wäre sowohl aus naturschutzfachlicher Sicht und erst recht nicht aus der Sicht der Flächenbewirtschafter zielführend.</p> <p>Diese ökonomischen, juristischen und ökologischen Aspekte bekräftigen die Notwendigkeit der Suche nach alternativen Varianten im Zusammenhang mit den Kompensationsmaßnahmen für den Bau der Erdgaspipeline Nord Stream 2.</p>	
---	--

Innen, Justiz, Kommunales

Antragsbereich F/ **Antrag 1**

ASJ

Datenschutz und SOG-Novelle		Datenschutz und SOG-Novelle	
5	Die SPD ist die Bürgerrechtspartei in Mecklenburg-Vorpommern. Wir bekräftigen den von uns auf dem ordentlichen Parteitag 2015 gefassten Beschluss zum Datenschutz. Die SPD Mecklenburg-Vorpommern unterstützt die Landtagsfraktion bei der Umsetzung des Koalitionsvertrages.	Empfehlung der AK	Beschluss des LPT
		<input type="checkbox"/> redaktionell <input checked="" type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an:	<input type="checkbox"/> redaktionell <input checked="" type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK <input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an:
10	Im Koalitionsvertrag ist eine Änderung des SOG bereits angekündigt. Zusätzlich gibt es zwei Punkte, welche den Datenaustausch zwischen den an der Strafverfolgung beteiligten Behörden		
15	betreffen. Die aus diesen Punkten resultierenden Gesetzgebungsverfahren wollen wir nutzen, um den Datenschutz in SOG und LVerfSchG auf das Niveau der Bundesgesetze anzuheben.		
20	Wenn die Verhandlungen mit dem Koalitionspartner beginnen, soll diese durch eine Arbeitsgruppe unterstützt werden, in der, wie zur Vorbereitung des		
25	Beschlusses 2015, auch Gliederungen der Partei, wie beispielsweise der Landesvorstand, die Jusos und ASJ eingebunden werden.		
30	Begründung:		
35	Bereits auf dem letzten ordentlichen Parteitag hat die SPD MV einen umfassenden Antrag zum Datenschutz verabschiedet. Darin heißt es wörtlich: „Da es aber sehr schwierig ist, tatsächlich		
40	zwischen Bestandsdaten und Verkehrsdaten eine Grenze zu ziehen, im Smartphone ist schlicht alles gespeichert, wollen wir auch für die Bestandsdatensicherung eine klare		

45	Formulierung eines Richtervorbehalts im SOG des Landes nach Vorbild des Bundes.“ Die Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CDU aus dem letzten Jahr bietet nun Ansatzpunkte, einige dieser Beschlüsse umzusetzen.	
50	Im Jahr 2013 hat das BVerfG die bis dahin geltenden Regelungen zur Bestandsdatenauskunft für verfassungswidrig erklärt. Im Zuge der anschließenden Reform wurden die Normen auf Bundes- und Landesebene an das sog. „Doppeltürmodell“ des BVerfG angepasst. Dabei hat man auf Bundesebene einen Richtervorbehalt für die Datenabfrage bei Telekommunikationsdienstleistern eingeführt. Auf Landesebene scheiterte ein Richtervorbehalt im SOG und LVerfSchG an der CDU. Gegen alle betreffenden Regelungen sind – sowohl in Greifswald, als auch in Karlsruhe – Verfassungsbeschwerden anhängig. Diese wurden noch nicht entschieden. Das LVerfG hat sein Verfahren ausgesetzt (Beschl. v. 28.01.2016 – Az.: LVerfG 3/14).	
60		
65		
70	Der vorliegende Antrag soll unsere Positionen noch einmal bekräftigen und die Fraktion dabei unterstützen, in den anstehenden Verhandlungen mit dem Koalitionspartner unsere Ziele durchzusetzen.	

Antragsbereich F/ **Antrag 2**

Jusos

	Wir - Für eine offene Gesellschaft	Wir - Für eine offene Gesellschaft	
5	Wir - Für eine offene Gesellschaft Für uns Sozialdemokrat*innen hat eine offene Gesellschaft seit jeher eine hohe Bedeutung. In jüngster Vergangenheit steht die offene Gesellschaft insbesondere durch den	Empfehlung der AK	Beschluss des LPT
		<input type="checkbox"/> redaktionell	<input type="checkbox"/> redaktionell
		<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK
		<input type="checkbox"/> Ablehnung	
		<input type="checkbox"/> Überweisung an:	<input checked="" type="checkbox"/> Annahme

10	<p>Rechtspopulismus vor großen Herausforderungen. Deswegen ist es notwendig, dass die Sozialdemokratie ihr Verständnis einer offenen Gesellschaft klar definiert.</p>	<table border="1"> <tr> <td data-bbox="860 192 1115 353">Wiederaufnahme auf Landesparteitag</td> <td data-bbox="1120 192 1353 353"> <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an: </td> </tr> </table>	Wiederaufnahme auf Landesparteitag	<input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an:
Wiederaufnahme auf Landesparteitag	<input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an:			
15	<p>Eine offene Gesellschaft kann nur gelingen, wenn sie von Demokrat*innen getragen wird. Sie braucht aktives, motiviertes und entschiedenes Engagement, aber auch überlegtes Handeln. Die offene Gesellschaft bietet den Menschen die notwendige Lebenssicherheit bei gleichzeitiger größtmöglicher individueller Freiheit. Dies macht sie zu dem attraktivsten Modell aller möglichen Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens.</p>			
20				
25	<p>Im Mittelpunkt einer offenen Gesellschaft steht nach unserer Überzeugung der Mensch, denn die offene Gesellschaft ist eine menschliche Gesellschaft von Menschen für Menschen geschaffen. Meinungs-, Versammlungs-, Religions- und Vereinigungsfreiheit sind elementare Voraussetzungen einer offenen Gesellschaft! Wir verurteilen sämtliche Angriffe gegen Pressevertreter*innen. In einer offenen Gesellschaft muss jeder Mensch das Recht besitzen, seine Meinung frei zu äußern und die Presse muss das Recht haben unterschiedliche Meinungen, auch regierungskritische, zu veröffentlichen und gesellschaftlich zur Debatte zu stellen. Den immer häufiger aufkommenden Rufen, Medien und freien Journalismus zu beschränken oder zu diskreditieren, stellen wir uns entgegen und stehen klar zur Pressefreiheit. Alle Vertreter*innen einer offenen Gesellschaft sind zu unterstützen und vor Anfeindungen zu schützen!</p> <p>Die offene Gesellschaft kennt kein "WIR-Gefühl", dass andere Menschen, ausschließt, sondern sie kennt ein "WIR",</p>			

dass ALLE Menschen unabhängig von Nationalität, sexueller Orientierung, Religion oder dem äußeren Erscheinungsbild integriert. In diesem Zusammenhang nehmen Toleranz und Respekt anderen Menschen gegenüber eine Schlüsselposition ein, denn eine offene Gesellschaft lebt davon, dass nicht nur der eigene Standpunkt, die eigene Nationalität oder die eigene Religion anerkannt wird.

Für uns Sozialdemokrat*innen gehören folgende Punkte zu einer offenen Gesellschaft:

1) Diskriminierungsfreiheit: Wir heißen alle Menschen willkommen, ganz unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrer Religion. Wir sind der Meinung, dass wir alle voneinander lernen können! Interkultureller Austausch bedeutet für uns gesellschaftlichen Mehrwert und eine Chance, die wir nutzen werden.

2) Chancengleichheit: Jedem Menschen müssen die gleichen Start- und Lebensmöglichkeiten gegeben werden. Dies umfasst z.B. Chancen auf dem Arbeitsmarkt, in unserem Bildungssystem oder auch in jeglichen Freizeitaktivitäten! Es ist Aufgabe der Sozialdemokratie dieses Recht in die Realität umzusetzen!

3) Ablehnung von Rassismus: Ganz egal, ob im persönlichen Gespräch oder in sozialen Netzwerken; wir müssen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gegenüber eine klare Kante zeigen. Sie muss aufgezeigt, verurteilt und bekämpft werden! Denn nur wenn wir uns gegen solche Geisteshaltungen offensiv stellen, kann eine offene Gesellschaft existieren.

Wir als Sozialdemokrat*innen sollten als bestes Beispiel vorangehen und unser Bild einer „Offenen Gesellschaft“ in die

Welt hinaustragen, verbreiten und aktiv leben.

Wir – Für eine starke Zivilgesellschaft

Eine offene Gesellschaft benötigt ein starkes, tief verankertes ziviles Engagement. Besonders hervorzuheben sind dabei die Rücksicht, Beachtung und Fürsorge für die Schwächeren. Nur wenn die Menschen in unserer Gesellschaft mit anderen partizipieren und sich engagieren, können wir uns als Gesellschaft weiterentwickeln. Mehr als ein Drittel aller Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sind ehrenamtlich aktiv. Mit der Ehrenamtsstiftung haben wir eine Institution im Land, die schnell und unbürokratisch ehrenamtlich engagierte Menschen berät und finanziell unterstützt.

Die Zivilgesellschaft trägt die offene Gesellschaft. Sie ist nicht statisch, sondern ein in sich dynamisches System, das die politisch-gesellschaftliche Ordnung ständig weiterentwickelt. Sprechen wir vom zivilen Engagement, so sprechen wir von demokratischer Teilhabe an der Basis, welche sich insbesondere durch Eigeninitiative und Selbstorganisation auszeichnet.

Zivilgesellschaftliches Ehrenamt ist jedoch kein Ersatz für öffentliche Daseinsvorsorge. Der Rückzug des Staates aus dem öffentlichen Leben setzt die Zivilgesellschaft lediglich unter Druck und verhindert, dass sie ihre eigentliche Aufgabe als Triebkraft einer offenen Gesellschaft erfüllt.

Für uns Sozialdemokrat*innen ist das Eintreten gegen Anti-Demokratische Kräfte ein wichtiges Merkmal unserer Identität. Wir setzen uns daher dafür ein, dass demokratisches Engagement anerkannt und nicht kriminalisiert wird.

Wir – Aufrecht gegen Rechts

Das Entstehen für eine humanistisch weltoffene Gesellschaft ist eine der Hauptaufgaben der Sozialdemokratie. Sie zu verteidigen unsere Pflicht. Aus diesem Grund ist es unabdingbar, dass wir Sozialdemokrat*innen erkennen, dass die Herausforderung insbesondere darin besteht, rechtes Gedankengut aus unserer Gesellschaft zu vertreiben. Schon seit mehreren Jahren torpedieren Rechtsradikale, Rechtspopulisten und sogenannte freie Rechte mal offen, mal unterschwellig unsere demokratischen und humanistischen Werte. Parlamentarisch, wie auch außerparlamentarisch versuchen sie sich dabei Gehör zu verschaffen. Wir Sozialdemokrat*innen stellen uns ihnen entgegen. Wir als ein Teil der offenen Gesellschaft, werden sie politisch verteidigen und auf allen Ebenen von Europa bis in die Gemeinde klare Kante zeigen. Unser Motto seit 1863 ist dabei: Aufrecht gegen Rechts!

Mehr demokratische Strukturen gegen Rechts

Parteien und Organisationen wie die AfD, NPD und das Spektrum der Neuen Rechten sind demokratiegefährdend und stellen ein Gegenpol zur offenen Gesellschaft dar. Aber nicht jede Person, welche jene Strömungen an der Urne durch eine Stimme unterstützt, ist automatisch ein Neonazi. Die Motivationen jene Parteien zu wählen, könnten unterschiedlicher nicht sein. Vom überzeugten Neonazi bis hin zur*zum sogenannten Protestwähler*in ist alles dabei. Diverse Umfragen zeigen, dass lediglich ein kleiner Teil der Wähler*innen der AfD tatsächlich auch von ihren Inhalten überzeugt ist. Der Rest wählt sie aus Protest, aus Enttäuschung oder aus einem aktuellen Moment heraus. Mit diesen Personen müssen wir uns auseinandersetzen und um diese Menschen müssen wir uns kümmern.

Unsere Antwort zur Mobilisierung alter sozialdemokratischer Milieus und der Nichtwähler*innen kann daher nur eine soziale und gerechte Politik für alle Menschen im Land sein. Diese zu betreiben und vor allem klar zu formulieren ist unsere Pflicht. Dafür brauchen wir die Sozialarbeiter*innen vor Ort und die ehrenamtlichen Strukturen für Demokratie und Zivilgesellschaft von Jung bis Alt.

Präventive Arbeit gegen Rechts

Wir Sozialdemokrat*innen unterstützen die Kampagne „Wir - Erfolg braucht Vielfalt“. In der Grenzregion sollten wir jene Akteure unterstützen und das Angebot ausbauen, welches sich auf den kulturellen Austausch zwischen Deutschland und Polen spezialisiert. Unsere Kinder sollen bereits früh in interkulturellen Kontakt treten, damit Vorurteile erst gar nicht wachsen können. Überall dort, wo sich die Zivilgesellschaft zurückzieht, finden die Rechten ihren Nährboden. Wir benötigen Jugendclubs von Demokrat*innen. Wir benötigen einen ÖPNV, welcher Jugendliche zu Freizeitaktivitäten bringen kann. Wir benötigen früh die Demokratiebildung und auch die Möglichkeit sich einzubringen. Aus diesem Grund benötigen wir partizipative Möglichkeiten für Jung und Alt. Jugendbeiräte, Wahlen des Schülersprechers oder der Schülersprecherin und das häufigere Anhören von Jugendlichen bei Themen, die sie bewegen, wären dabei ein erster Schritt in die richtige und demokratische Richtung. Die SPD will daher eine Demokratie zum Anfassen und Erleben in der alle teilhaben können.

Daneben brauchen wir auch integrative Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt. Ein verbreiteter Grund sich den Rechten anzuschließen sind Zukunftsängste und

Arbeitslosigkeit. Aus diesem Grund müssen wir alles dafür tun, um Möglichkeiten zu schaffen, dass alle Menschen einen guten Job mit einem guten Lohn bekommen. Hierbei müssen wir Hand in Hand mit den Gewerkschaften des Landes zusammenarbeiten.

Letztlich ist aber auch unsere eigene präventive Arbeit wichtig. Mit Endstation Rechts und Storch Heinar haben wir bundesweit ein einzigartiges Programm auf die Beine gestellt, welches bereits vom europäischen Parlament ausgezeichnet worden ist. Wir bekennen uns zu den beiden Projekten und müssen sie personell, wie auch finanziell weiterhin unterstützen. Sie leisten in der präventiven Arbeit an Schulen bei vielen jungen Leuten ein riesiges Stück Arbeit. Im Rahmen der anstehenden Bundestagswahl - und natürlich darüber hinaus - stehen wir hinter den Projekten, welche aus dem Ideenpool unserer eigenen Jugendorganisation stammen.

Wir – Für eine humane Asylpolitik

Wir Sozialdemokrat*innen setzen uns auch für eine Asylpolitik ein, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Dazu gehört für uns vor allem, jeden Fall einzeln zu betrachten. Wir setzen uns dafür ein, dass der Asylgrund bei jedem Antrag gleich umfassend und gewissenhaft geprüft wird, bevor eine Entscheidung über den Antrag getroffen wird.

Wir befürworten einen europäischen Verteilungsschlüssel, der eine Verteilung gemäß der Größe und der wirtschaftlichen Möglichkeiten der einzelnen Länder berücksichtigt. Es ist für uns mit einer europäischen Wertegemeinschaft unvereinbar, dass Staaten in der EU gar keine Geflüchteten, nur eine verschwindend geringe Zahl

	<p>oder nur Geflüchtete bestimmter Religionen aufnehmen wollen.</p> <p>Damit die Menschen, die bei uns in Deutschland ankommen einen möglichst guten Start haben, brauchen wir eine starke Willkommenskultur. Dazu gehören für uns zum einen eine gute Zusammenarbeit der Landesregierung mit ehrenamtlichen Aktiven und Organisationen und eine verstärkte Aufklärungsarbeit vor Ort. Zum anderen weitere Integrationsmaßnahmen für die Geflüchteten, damit sie unsere Sprache lernen können, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Nur die Integration sorgt für ein gutes Zusammenleben zwischen allen Menschen in unserer Gesellschaft!</p>	
--	---	--

Antragsbereich F/ Antrag 3

Kreisverband Ludwigslust-Parchim, SPD-OV Crivitz, SPD-OV Demen, SPD-OV Sternberg-Dabel

	<p>Doppik als Handlungsinstrument der Haushaltsführung nutzbarer zu machen – Doppik sinnvoll weiterentwickeln</p>	<p>Doppik als Handlungsinstrument der Haushaltsführung nutzbarer zu machen – Doppik sinnvoll weiterentwickeln</p>	
5	<p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Das Land wird aufgefordert, im Rahmen der Überarbeitung des FAG im engen Dialog mit der kommunalen Ebene die Doppik in Mecklenburg-Vorpommern mit dem Ziel der Vereinfachung gründlich zu überarbeiten.</p> <p>Die Einführung der doppischen Haushaltsführung sollte die kommunalen Haushalte transparenter und nachhaltiger machen. In der Praxis hat sich jedoch ein hohes Maß an Bürokratie entwickelt, ohne die gewünschte Steuerungswirkung zu erzielen. Im Fokus der Überarbeitung müssen daher insbesondere das System</p>	<p>Empfehlung der AK</p> <p><input type="checkbox"/> redaktionell</p> <p><input type="checkbox"/> Annahme</p> <p><input type="checkbox"/> Ablehnung</p> <p><input type="checkbox"/> Überweisung an:</p> <p>Wiederaufnahme auf Landesparteitag</p>	<p>Beschluss des LPT</p> <p><input type="checkbox"/> redaktionell</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Annahme in geänderter Form: Der Landesparteitag möge beschließen: Die Kommunen des Landes Mecklenburg- Vorpommern haben in den letzten Jahren entscheidend zur positiven Landesentwicklung beigetragen. Die Kommunen fördern die Ansiedlung und Erweiterung von Unternehmen und tragen mit ihrem Engagement, ihren Einrichtungen und Veranstaltungen einen großen Teil der positiven touristischen Entwicklung. Die Kommunen</p>

<p>des Haushaltsausgleiches, Möglichkeiten der flexibleren Mittelverwendung und der Umfang der Haushaltsunterlagen stehen, um Kommunalpolitiker als Träger der Budgethoheit wieder ein wirksames Instrument zur Steuerung und zielgerichteten politischen Gestaltung des kommunalen Haushaltes an die Hand zu geben.</p> <p>Hierbei muss es zentrales Ziel sein, die Doppik als Handlungsinstrument der Haushaltsführung nutzbarer zu machen und doppische Haushalte nicht zu einem reinen Informationsinstrument der Kommunalaufsicht entwickeln zu lassen.</p> <p><u>Begründung</u></p> <p>Die mit der Doppik verfolgten Ziele sind aus Sicht vieler Kommunalpolitiker sowie Kommunalverwaltungen verfehlt worden. Vielmehr erfordert die Doppik einen erheblichen Mehraufwand ohne nutzbaren Mehrwert an Informationen.</p> <p>Trotz erfolgter Evaluation und einigen Erleichterungen bedarf es zur Akzeptanz und zur Nutzbarmachung der Doppik als Steuerungsinstrument weiterer Verbesserungen.</p> <p>Dabei sollten u. a. folgende Bereiche in den Fokus stehen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Entschlackung der Haushaltsunterlagen, 2. der Wegfall der Pflicht zur Erstellung von Haushaltssicherungskonzepten bei einem Fehlbetrag im Ergebnishaushalt bzw. der Vorrang der Umsetzung eines konkreten Maßnahmeplans, 3. die Überprüfung des Systems des 	<p>sind vor allem maßgeblich für den sozialen Zusammenhalt im Land <u>verantwortlich</u>, leisten gute Integrationsarbeit und fördern alle Generationen. Die Kommunen sind die Keimzelle der Demokratie und kämpfen erfolgreich gegen alle Spielarten des Extremismus.</p> <p>Die Kommunen haben diese Arbeit unter erschwerten Bedingungen geleistet. Zahlreiche Kommunen mussten <u>trotz der positiven Einnahmeentwicklung der Jahre 2015 und 2016</u> harte Konsolidierungsprogramme beschließen, die mit Einschnitten für die Bürgerinnen und Bürger verbunden waren. Nur mit Hilfe von Sonderhilfen des Landes, die vom Landesverband der SPD positiv bewertet werden, konnte Schlimmeres vermieden werden. Jetzt besteht jedoch die Chance, mit einem neuen FAG mehr Gerechtigkeit, auch für die Kommunalfinanzierung, zu erreichen.</p> <p><u>Wir</u> erwarten von den SPD-Ministerinnen und -Ministern in der Landesregierung sowie von der SPD-Landtagsfraktion, dass <u>bezüglich im Rahmen der Novellierung des des neuen FAG ab 2018</u> mit den Kommunen des Landes ein breiter und fairer Diskurs geführt wird. <u>Wir sind hierbei auch zu einer zweistufigen Reform des FAG zur Ermöglichung einer breiten Diskussion bereit, sofern dies auf Zustimmung auf der kommunalen Ebene trifft.</u></p> <p>Darüber hinaus erwarten wir, dass auch die SGK vollumfänglich in die Entscheidungsfindung zum neuen FAG einbezogen wird.</p> <p><u>Wir</u> fordern:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. dass mit dem neuen FAG die Finanzausstattung der Kommunen deutlich verbessert wird; 2. dass im sogenannten horizontalen Finanzausgleich alle kommunalen Ebenen so berücksichtigt werden, dass sie sowohl pflichtige als auch sogenannte freiwillige
---	---

<p>Haushaltsausgleiches, u.a. durch Einbeziehung des Eigenkapitals in das Haushaltsausgleichssystem unter der Maßgabe der Bestimmung von Mindesteigenkapitalquoten,</p> <p>4. die Erhöhung der Flexibilität in der Mittelverwendung insbesondere bei großen Bau- und Bauunterhaltungsmaßnahmen,</p> <p>5. die Definition eines klaren und modernen, kommunalspezifischen Investitionsbegriffes</p> <p>6. die Überprüfung der Notwendigkeit des Rechenschaftsberichtes nach 2013 und</p> <p>7. die Überprüfung der Notwendigkeit des Gesamtabchlusses nach 2020.</p>	<p>Aufgaben gut wahrnehmen können. Das bedeutet z. B., die Zentren so zu stärken, dass sie in die ländlichen Räume ausstrahlen können und die ländlichen Räume ebenfalls das örtliche Zusammenleben im Gemeinwesen weiterentwickeln können.</p> <p><u>3. dass bestehende Gerechtigkeitslücken im FAG geschlossen werden, um auch auf kommunaler Ebene Solidarität zu üben. Hierbei sollte schrittweise vorgegangen werden, um positive wirtschaftliche Entwicklungen in den Regionen nicht zu beeinträchtigen. Künftig wollen wir außerdem die Nivellierungshebesätze für mehrere Jahre festsetzen, um auf diese Weise die so genannte Hebesatz-Spirale zu durchbrechen.</u></p> <p>4. von den SPD- Ministerinnen und -Ministern in der Landesregierung sowie von der SPD-Landtagsfraktion, dass die auf Bundesebene - insbesondere von der SPD-Bundestagsfraktion und auch von den Bundestagsfraktionsmitgliedern aus Mecklenburg-Vorpommern - erkämpften Mittel für die Entlastung der Kommunen <u>im Rahmen einer Gesamteinigung</u> vollumfänglich und zu 100 Prozent <u>auch</u> an die Kommunen des Landes durchgereicht <u>werden und auch die ab 2020 zur Verfügung stehenden Mittel fair zwischen Land und Kommunen verteilt werden. Der Entschuldung unserer Kommunen soll hierbei insgesamt eine besondere Bedeutung zukommen.</u></p> <p><u>5. haushaltsrelevante Entscheidungen für ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker transparenter und verständlicher zu machen. Die doppische Haushaltsführung sollte hierzu einen Beitrag leisten. In der Praxis wird jedoch das hohe Maß an Bürokratie ebenso kritisiert wie eine mangelnde Steuerungswirkung.</u></p>
---	--

		<p><u>Die SPD ist daher in Zusammenarbeit mit der kommunalen Ebene zu einer radikalen Vereinfachung der Doppik bereit. Im Fokus der Überarbeitung müssen dabei das System des Haushaltsausgleiches, Möglichkeiten der flexibleren Mittelverwendung und der Umfang der Haushaltsunterlagen stehen, um Kommunalpolitikerinnen und -politiker als Träger der Budgethoheit ein wirksames Instrument zur Steuerung und zielgerichteten politischen Gestaltung des kommunalen Haushaltes an die Hand zu geben. Wir wollen, dass künftig nicht mehr allein der Ergebnishaushalt Maßstab haushaltsrechtlicher Entscheidungen wird, sondern dass Verhältnis von Finanz- und Ergebnishaushalt kommunalfreundlich, haushaltsrechtlich neu austariert wird. Hierdurch kann die Handlungsfähigkeit vieler Gemeinden mit ausgeglichenen Finanzhaushalten gestärkt werden.</u></p> <p>Der Finanzminister wird aufgefordert, allen Kreisverbänden für Gespräche zum FAG zur Verfügung zu stehen.</p> <p>Begründung: Angesichts der positiven wirtschaftlichen <u>aufgefordert, allen Kreisverbänden für Gespräche zum FAG zur Verfügung zu stehen.</u></p> <p>Begründung: Angesichts der positiven wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und der erfolgreichen Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich besteht die einmalige Chance, diese gute Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns dadurch zu forcieren, dass die Kommunen finanziell besser ausgestattet werden und so noch zu besseren Motoren wirtschaftlichen Aufschwungs werden können. Hier soll sich die SPD an die Spitze der</p>
--	--	--

		Bewegung setzen.
--	--	------------------

Antragsbereich F/ **Antrag 4**

Kreisverband Ludwigslust-Parchim

Antrag zur Novellierung FAG M-V		Antrag zur Novellierung FAG M-V		
5	<p>Die SPD-Basis fordert von den SPD-Mitgliedern in der Landesregierung ein faires Verfahren zur Aufstellung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) des Landes M-V.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Von der SPD-geführten Landesregierung und der SPD-Landtagsfraktion erwarten wir, dass die SPD-Basis sowie die SGK umfassend in das Gesetzgebungsverfahren einbezogen werden. 2. Das künftige FAG soll nicht nur auf Zahlen und Aufgaben der Vergangenheit basieren, sondern auch die kommunalen Zukunftsaufgaben berücksichtigen. 3. Wir erwarten eine zukunftsfähige Finanzausstattung aller Kommunen über das FAG. Nach Erfüllen der Pflichtaufgaben muss den Gemeinden ein Spielraum für freiwillige Aufgaben verbleiben. 4. Der Ausgleich innerhalb der kommunalen Familie muss weiterhin solidarisch erfolgen. Dabei dürfen positive Entwicklungen in den Regionen nicht beeinträchtigt werden. <p>Begründung: mündlich</p>	10	15	
15		20	25	30
20		25	30	35
25		30	35	40
		45	50	
		55	60	
		65	70	
		75	80	
		85	90	
		95	100	
		105	110	
		115	120	
		125	130	
		135	140	
		145	150	
		155	160	
		165	170	
		175	180	
		185	190	
		195	200	
		205	210	
		215	220	
		225	230	
		235	240	
		245	250	
		255	260	
		265	270	
		275	280	
		285	290	
		295	300	
		305	310	
		315	320	
		325	330	
		335	340	
		345	350	
		355	360	
		365	370	
		375	380	
		385	390	
		395	400	
		405	410	
		415	420	
		425	430	
		435	440	
		445	450	
		455	460	
		465	470	
		475	480	
		485	490	
		495	500	
		505	510	
		515	520	
		525	530	
		535	540	
		545	550	
		555	560	
		565	570	
		575	580	
		585	590	
		595	600	
		605	610	
		615	620	
		625	630	
		635	640	
		645	650	
		655	660	
		665	670	
		675	680	
		685	690	
		695	700	
		705	710	
		715	720	
		725	730	
		735	740	
		745	750	
		755	760	
		765	770	
		775	780	
		785	790	
		795	800	
		805	810	
		815	820	
		825	830	
		835	840	
		845	850	
		855	860	
		865	870	
		875	880	
		885	890	
		895	900	
		905	910	
		915	920	
		925	930	
		935	940	
		945	950	
		955	960	
		965	970	
		975	980	
		985	990	
		995	1000	

Antragsbereich F/ **Antrag 5**

KV VR

	Sachgerechte Finanzausstattung für die Kommunen des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Sachgerechte Finanzausstattung für die Kommunen des Landes Mecklenburg-Vorpommern	
5	<p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Die Kommunen des Landes Mecklenburg-Vorpommern haben in den letzten Jahren entscheidend zur positiven Landesentwicklung beigetragen. Die Kommunen fördern die Ansiedlung und Erweiterung von Unternehmen und tragen mit ihrem Engagement, ihren Einrichtungen und Veranstaltungen einen großen Teil der positiven touristischen Entwicklung. Die Kommunen sind vor allem maßgeblich für den sozialen Zusammenhalt im Land, leisten gute Integrationsarbeit und fördern alle Generationen. Die Kommunen sind die Keimzelle der Demokratie und kämpfen erfolgreich gegen alle Spielarten des Extremismus.</p> <p>Die Kommunen haben diese Arbeit unter erschwerten Bedingungen geleistet. Zahlreiche Kommunen mussten harte Konsolidierungsprogramme beschließen, die mit Einschnitten für die Bürgerinnen und Bürger verbunden waren. Nur mit Hilfe von Sonderhilfen des Landes, die vom Landesverband der SPD positiv bewertet werden, konnte Schlimmeres vermieden werden. Jetzt besteht jedoch die Chance, mit einem neuen FAG mehr Gerechtigkeit, auch für die Kommunalfinanzierung, zu erreichen.</p> <p>Wir erwarten von den SPD-Ministerinnen und -Ministern in der Landeregierung sowie von der SPD-Landtagsfraktion, dass bezüglich des neuen FAGs ab 2018 mit den Kommunen des Landes ein breiter und fairer Diskurs geführt wird. Darüber hinaus erwarten wir, dass auch die SGK vollumfänglich in die Entscheidungsfindung zum neuen FAG</p>	Empfehlung der AK	Beschluss des LPT
10		<input type="checkbox"/> redaktionell <input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an: Wiederaufnahme auf Landesparteitag	<input type="checkbox"/> redaktionell <input type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK <input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an: Erledigt durch F3

<p>einbezogen wird.</p> <p>Wir fordern:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. dass mit dem neuen FAG die Finanzausstattung der Kommunen deutlich verbessert wird; 2. dass im sogenannten horizontalen Finanzausgleich alle kommunalen Ebenen so berücksichtigt werden, dass sie sowohl pflichtige als auch sogenannte freiwillige Aufgaben gut wahrnehmen können; <p>Das bedeutet z. B. die Zentren so zu stärken, dass sie in die ländlichen Räume ausstrahlen können und die ländlichen Räume ebenfalls das örtliche Zusammenleben im Gemeinwesen organisieren können.</p> <ol style="list-style-type: none"> 3. von den SPD-Ministerinnen und -Ministern in der Landesregierung sowie von der SPD-Landtagsfraktion, dass die auf Bundesebene - insbesondere von der SPD-Bundestagsfraktion und auch von den Bundestagsfraktionsmitgliedern aus Mecklenburg-Vorpommern - erkämpften Mittel für die Entlastung der Kommunen vollumfänglich und zu 100 Prozent auch an die Kommunen des Landes durchgereicht werden. <p>Begründung: Angesichts der positiven wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und der erfolgreichen Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich besteht die einmalige Chance, diese gute Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns dadurch zu forcieren, dass die Kommunen finanziell besser ausgestattet werden und so noch zu besseren Motoren wirtschaftlichen Aufschwungs werden können. Hier soll sich die SPD an die Spitze der Bewegung setzen.d.</p>	
--	--

Antragsbereich F/ **Antrag 6**

SGK

	Sachgerechte Finanzausstattung für die Basis unserer Demokratie	Sachgerechte Finanzausstattung für die Basis unserer Demokratie	
	Der Landesparteitag möge beschließen:	Empfehlung der AK	Beschluss des LPT
5	Die Kommunen des Landes Mecklenburg-Vorpommern haben in den letzten Jahren entscheidend zur positiven Landesentwicklung beigetragen. Die Kommunen fördern die Ansiedlung und Erweiterung von Unternehmen und tragen mit ihrem Engagement, ihren Einrichtungen und Veranstaltungen einen großen Teil der positiven touristischen Entwicklung. Die Kommunen sind vor allem maßgeblich für den sozialen Zusammenhalt im Land, leisten gute Integrationsarbeit und fördern alle Generationen. Die Kommunen sind die Keimzelle der Demokratie und kämpfen erfolgreich gegen alle Spielarten des Extremismus.	<input type="checkbox"/> redaktionell <input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an:	<input type="checkbox"/> redaktionell <input type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK <input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an:
10		Wiederaufnahme auf Landesparteitag	Erledigt durch F3
15			
20	Die Kommunen haben diese Arbeit unter erschwerten Bedingungen geleistet. Zahlreiche Kommunen mussten harte Konsolidierungsprogramme beschließen, die mit Einschnitten für die Bürgerinnen und Bürger verbunden waren. Nur mit Hilfe von Sonderhilfen des Landes, die vom Landesverband der SPD positiv bewertet werden, konnte Schlimmeres vermieden werden. Jetzt besteht jedoch die Chance, mit einem neuen FAG mehr Gerechtigkeit, auch für die Kommunalfinanzierung, zu erreichen.		
25			
30			
35	Wir erwarten von den SPD-Ministerinnen und -Ministern in der Landeregierung sowie von der SPD-Landtagsfraktion, dass bezüglich des neuen FAGs ab 2018 mit den Kommunen des Landes ein breiter und fairer Diskurs geführt wird. Darüber hinaus erwarten wir, dass auch die SGK vollumfänglich in die Entscheidungsfindung zum neuen FAG		
40			

45	<p>einbezogen wird.</p> <p>Wir fordern: 1. dass mit dem neuen FAG die Finanzausstattung der Kommunen deutlich verbessert wird; 2. dass im sogenannten horizontalen Finanzausgleich alle kommunalen Ebenen so berücksichtigt werden, dass sie sowohl pflichtige als auch sogenannte freiwillige Aufgaben gut wahrnehmen können; Das bedeutet z. B. die Zentren so zu stärken, dass sie in die ländlichen Räume ausstrahlen können und die ländlichen Räume ebenfalls das örtliche Zusammenleben im Gemeinwesen weiterentwickeln können. 3. von den SPD-Ministerinnen und -Ministern in der Landesregierung sowie von der SPD-Landtagsfraktion, dass die auf Bundesebene - insbesondere von der SPDBundestagsfraktion und auch von den Bundestagsfraktionsmitgliedern aus Mecklenburg-Vorpommern - erkämpften Mittel für die Entlastung der Kommunen vollumfänglich und zu 100 Prozent auch an die Kommunen des Landes durchgereicht werden.</p> <p>Begründung: Angesichts der positiven wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und der erfolgreichen Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich besteht die einmalige Chance, diese gute Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns dadurch zu forcieren, dass die Kommunen finanziell besser ausgestattet werden und so noch zu besseren Motoren wirtschaftlichen Aufschwungs werden können. Hier soll sich die SPD an die Spitze der Bewegung setzen.</p> <p>.</p>	
----	--	--

OV Neubrandenburg

FAG		FAG	
5	<p>Der SPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern erwartet</p> <ul style="list-style-type: none"> vom SPD-Ministerpräsidenten und den SPD-Landesministerinnen und Landesministern ein faires Verfahren zur Aufstellung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) des Landes Mecklenburg-Vorpommern zum Jahr 2018. von der SPD-Landtagsfraktion, dass die SPD-Basis umfassend in das Gesetzgebungsverfahren einbezogen wird. dass das künftige FAG nicht nur auf Zahlen und Aufgaben der Vergangenheit basiert, sondern auch vor allem die kommunalen Zukunftsaufgaben berücksichtigt. eine aufgabengerechte und zukunftsfähige Finanzausstattung aller Kommunen über das FAG, die keinesfalls unter der bisherigen Finanzausstattung liegen darf. eine verbesserte und gerechtere Finanzausstattung aller Kommunen. von den SPD-Mitgliedern im Kabinett sowie von der SPD-Landtagsfraktion, dass die Bundesmittel, die ausschließlich zur Entlastung der Kommunen gedacht sind, voll umfänglich an die Kommunen des Landes weitergeleitet werden. 	Empfehlung der AK	Beschluss des LPT
		<input type="checkbox"/> redaktionell <input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an: Wiederaufnahme auf Landesparteitag	<input type="checkbox"/> redaktionell <input type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK <input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an: Erledigt durch F3
10			
15			
20			
	<p><u>Begründung:</u></p> <p>Aus kommunalpolitischer Sicht ist das Vorhaben, das FAG zum Jahr 2018 zu novellieren, eins der wichtigsten Vorhaben im Land M-V. Die Aussagen im</p>		

	<p>Koalitionsvertrag bezüglich FAG und Kommunen allgemein sind allerdings nicht sehr umfassend.</p> <p>Der SPD-Ortsverein Stadt Neubrandenburg mahnt deshalb eine rechtzeitige Beschäftigung unter Einbeziehung der Basis und ihrer Gremien und Vertretungen an.</p>	
--	--	--

Antragsbereich F/ **Antrag 8**

OV Wismar

	Bundesmittle zu 100 Prozent an die Kommunen weiterleiten	Bundesmittle zu 100 Prozent an die Kommunen weiterleiten																	
<p>5</p> <p>10</p>	<p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Beschluss:</p> <ol style="list-style-type: none"> Der SPD-Landesverband bedankt sich ausdrücklich bei den SPD-Bundestagsabgeordneten aus M-V und bei Manuela Schwesig für ihr Engagement für die kommunale Entlastung der Kommunen in Höhe von 5 Milliarden € durch den Bund. Die SPD-Mitglieder in der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern sowie die SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert, sicherzustellen, dass der Anteil der auf das Land Mecklenburg-Vorpommern aus den 5 Milliarden Euro für die Entlastung der Kommunen entfällt, ab 2018 ohne jegliche Abstriche zu hundert Prozent an die Kommunen des Landes weitergeleitet wird. <p>Hierfür dürfen keine Kürzungen oder Verrechnungen an anderer Stelle erfolgen beziehungsweise andere bereits</p>	<table border="1"> <thead> <tr> <th data-bbox="845 981 1080 1072">Empfehlung der AK</th> <th data-bbox="1080 981 1315 1072">Beschluss des LPT</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="845 1072 1080 1120"><input type="checkbox"/> redaktionell</td> <td data-bbox="1080 1072 1315 1120"><input type="checkbox"/> redaktionell</td> </tr> <tr> <td data-bbox="845 1120 1080 1167"><input type="checkbox"/> Annahme</td> <td data-bbox="1080 1120 1315 1167"><input type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK</td> </tr> <tr> <td data-bbox="845 1167 1080 1214"><input type="checkbox"/> Ablehnung</td> <td data-bbox="1080 1167 1315 1214"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="845 1214 1080 1261"><input type="checkbox"/> Überweisung an:</td> <td data-bbox="1080 1214 1315 1261"><input type="checkbox"/> Annahme</td> </tr> <tr> <td data-bbox="845 1261 1080 1308">Wiederaufnahme auf Landesparteitag</td> <td data-bbox="1080 1261 1315 1308"><input type="checkbox"/> Ablehnung</td> </tr> <tr> <td data-bbox="845 1308 1080 1355"></td> <td data-bbox="1080 1308 1315 1355"><input type="checkbox"/> Überweisung an:</td> </tr> <tr> <td data-bbox="845 1355 1080 1402"></td> <td data-bbox="1080 1355 1315 1402">Erledigt durch F3</td> </tr> </tbody> </table>	Empfehlung der AK	Beschluss des LPT	<input type="checkbox"/> redaktionell	<input type="checkbox"/> redaktionell	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK	<input type="checkbox"/> Ablehnung		<input type="checkbox"/> Überweisung an:	<input type="checkbox"/> Annahme	Wiederaufnahme auf Landesparteitag	<input type="checkbox"/> Ablehnung		<input type="checkbox"/> Überweisung an:		Erledigt durch F3	
Empfehlung der AK	Beschluss des LPT																		
<input type="checkbox"/> redaktionell	<input type="checkbox"/> redaktionell																		
<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK																		
<input type="checkbox"/> Ablehnung																			
<input type="checkbox"/> Überweisung an:	<input type="checkbox"/> Annahme																		
Wiederaufnahme auf Landesparteitag	<input type="checkbox"/> Ablehnung																		
	<input type="checkbox"/> Überweisung an:																		
	Erledigt durch F3																		

<p>geplante Maßnahmen zur Entlastung der kommunalen Ebene entfallen.</p> <p>Begründung:</p> <p>Sowohl der Haushaltsausschuss des Bundestages als auch der Bundestag selbst hat mit den Stimmen von SPD und CDU die Länder dazu aufgefordert, die ausschließlich zur Entlastung der Kommunen gedachten Mittel (5 Milliarden Euro) an die Kommunen auch zu hundert Prozent weiterzuleiten. Eine verbindliche Aussage seitens der Landesregierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern dazu ist noch nicht erfolgt. Diese ist überfällig! Die Bundestagskandidaten, auch der SPD, werden im Wahlkampf mit Sicherheit, gerade auch von den Kommunalvertretern, darauf angesprochen werden, dass diese kommunale Entlastung, die dankenswerterweise insbesondere auch durch die Initiative der SPD überhaupt Wirklichkeit geworden ist, bei den Kommunen ankommt. Wenn sie darauf keine eindeutige und verbindliche und vor allem bejaende Antwort geben können, werden die Sozialdemokraten, gerade im Bundestagswahlkampf, unglaublich!</p> <p>Deshalb muss sichergestellt werden, dass hierzu eine eindeutige Aussage seitens der Landesregierung bzw. seitens des Landtages erfolgt. Da die Sozialdemokratie insbesondere mit dem Thema Gerechtigkeit in den Bundestagswahlkampf ziehen will, sei darauf verwiesen, dass aus kommunaler Sicht gerade dies auch eine zentrale Frage der Gerechtigkeit ist, denn die Kommunen erbringen einen großen Teil an Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Insofern sollte das, was Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf Bundesebene zu Gunsten eines besseren kommunalen</p>	
--	--

--	--	--

Antragsbereich F/ **Antrag 10**

KV VG

	Personalsituation in der Landespolizei M-V	Personalsituation in der Landespolizei M-V	
	Der Landesparteitag möge beschließen:	Empfehlung der AK	Beschluss des LPT
5	Der Landesvorstand wird beauftragt, in enger Abstimmung mit der Gewerkschaft der Polizei und anderen relevanten Gewerkschaften zu prüfen, ob die Personalsituation in der Landespolizei M-V durch eine Verordnung zur Übernahme von nicht mehr polizeidiensttauglichen oder eingeschränkten Polizeivollzugsbeamten in den allgemeinen Verwaltungsdienst der Landes-, Kreis-, Stadt- oder Amtsverwaltungen entspannt werden kann.	<input type="checkbox"/> redaktionell <input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an: Landtagsfraktion	<input type="checkbox"/> redaktionell <input checked="" type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK <input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an:
10			
15	Begründung:		
20	Das PWC-Gutachten aus dem Jahre 2016 kommt zu dem Ergebnis, dass weiteres Personal für den Streifendienst der Polizeireviere in den Führungsstäben und -gruppen freigesetzt werden können. Auf den genannten Stellen der Führungsgruppen und -Stäben werden bereits jetzt überwiegend Poizeivollzugsbeamte eingesetzt, die aufgrund von Einschränkungen in der Polizeidiensttauglichkeit nicht mehr für den Dienst auf der Straße zur Verfügung stehen. Sofern die Aufgaben dieser eingeschränkt einsetzbaren Polizeibeamten durch Verwaltungsbeamte/-angestellte übernommen werden können, stünden mehr Planstellen für den Streifendienst zur Verfügung.		
25			
30			

Antragsbereich F/ **Antrag 11**

OV Insel Usedom

Volksbegehren/Volksentscheid		Volksbegehren/Volksentscheid	
5	Der Landesparteitag möge beschließen: Die Mitglieder des SPD-Landesvorstands und der SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert, sich intensiv mit der Verbesserung des Instruments Volksbegehren/Volksentscheids in M-V auseinander zu setzen und ein Konzept zu entwickeln, wie die direkte Demokratie in MV gestärkt werden kann.	Empfehlung der AK	Beschluss des LPT
		<input type="checkbox"/> redaktionell <input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an: Landtagsfraktion	<input type="checkbox"/> redaktionell <input checked="" type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK <input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an:
10	Dazu sind Initiativen zu ergreifen, auch um notwendige Änderungen der Verfassung auf den Weg zu bringen, insbesondere die Einführung der „aufschiebenden Wirkung“ nach einem erfolgreichen Volksbegehren, solange bis der Volksentscheid durchgeführt worden ist.		
15	Begründung:		
20	Die MV-Verfassung sieht keine aufschiebende Wirkung nach einem erfolgreichen Volksbegehren für Maßnahmen vor, gegen die sich ein Volksbegehren richtet. Dieses Defizit in der Verfassung von MV sollte beseitigt werden, da es geeignet ist, das Instrument		
25	Volksbegehren/Volksentscheid bei den Bürgern in Misskredit zu bringen.		
30			

Bundes- und Europapolitik

Antragsbereich G/ Antrag 1

KV NWM

		Änderung Grundgesetz	
	Auf Bundesebene sollten Gespräche mit dem Ziel geführt werden, die Amtszeit der Kanzlerin/ des Kanzlers auf max. 2 Legislaturperioden zu begrenzen.	Empfehlung der AK <input type="checkbox"/> redaktionell <input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an: Landesvorstand	Beschluss des LPT <input type="checkbox"/> redaktionell <input checked="" type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK <input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an:

Antragsbereich G/ Antrag 2

Kreisverband Rostock

		Wahlrecht ab 16 auf den Weg bringen	
	Der Landesparteitag möge beschließen:	Empfehlung der AK <input type="checkbox"/> redaktionell <input checked="" type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an:	Beschluss des LPT <input type="checkbox"/> redaktionell <input checked="" type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK <input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an:
5	Das Wahlrecht zum Landtag ab 16 Jahren ist erklärtes Ziel der SPD Mecklenburg-Vorpommern. Laut Koalitionsvertrag soll die Bevölkerung (ab 16 Jahren) im Rahmen einer Volksbefragung über die Herabsetzung des Wahlalters befinden.		
10	Um möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zu erreichen und zusätzlich die Kosten für die öffentliche Hand für die Abstimmung zu verringern, wird die SPD-Landtagsfraktion aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Volksbefragung auf den Tag der nächsten landesweiten Kommunalwahlen (voraussichtlich Frühjahr/Sommer 2019) gelegt wird.		
15			
20	Darüber hinaus wird der SPD-Landesvorstand aufgefordert, in enger		

25	Abstimmung mit dem Juso-Landesvorstand eine eigene landesweite SPD-Kampagne für die Einführung des Wahlalters ab 16 Jahren zu planen und durchzuführen. Insbesondere sind dafür ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.	
30	Um alle Jugendlichen frühzeitig in die Lage zu versetzen, eine fundierte Wahlentscheidung zu treffen, werden die SPD-Landtagsfraktion und die Bildungsministerin aufgefordert, sich für eine entsprechende Anpassung der Rahmenpläne einzusetzen. Dabei soll sichergestellt werden, dass an allen Schulen unabhängig von der Schulform bereits in Klasse 8 die Themen Wahlen, Wahlalter ab 16, das deutsche Parteiensystem und die verschiedenen Parteien im Vergleich, sowie Inhalte der Demokratieerziehung verpflichtend behandelt werden.	
35		
40		

Antragsbereich G/ Antrag 3

KV NWM

	Appell an die Bundesregierung zur Erhöhung des Vermögensschonbetrages	Appell an die Bundesregierung zur Erhöhung des Vermögensschonbetrages	
5	Der Landesparteitag der SPD M-V appelliert an die Bundesregierung, die durch den Bundesrat am 25.01.2017 beschlossene Erhöhung des Vermögensschonbetrages von 2.600 € auf 5.000 € in der Sozialhilfe umzusetzen.	Empfehlung der AK	Beschluss des LPT
10	<u>Begründung:</u> Trotz der allgemeinen Preisentwicklung hat eine substanzielle Erhöhung des Vermögensschonbetrages in der	<input type="checkbox"/> redaktionell <input checked="" type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an:	<input type="checkbox"/> redaktionell <input checked="" type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK <input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an:

15	<p>Sozialhilfe seit 1998 nicht stattgefunden. Zurzeit beträgt der Vermögensschonbetrag in der 2.600 € für jeden erwachsenen Leistungsbezieher.</p>	
20	<p>Die für erwerbstätige Menschen mit Behinderungen vorteilhaften Regelungen des Bundesteilhabegesetzes zur Einkommens- und Vermögensheranziehung in der Eingliederungshilfe, das heißt die</p>	
25	<p>Erhöhung des Vermögensfreibetrages auf rund 50.000 € und die vollständige Freistellung des Partnervermögens ab dem Jahr 2020 sind für Menschen mit</p>	
30	<p>Bezug von existenzsichernden Leistungen bedeutungslos.</p>	
35	<p>Dies gilt insbesondere für Beschäftigte in Werkstätten für behinderte Menschen, die auch zukünftig auf existenzsichernde Leistungen nach dem SGB XII angewiesen sein werden. Auch sie sollen das Recht auf eine Erhöhung ihres finanziellen Freiraums haben. Daher ist es wichtig,</p>	
40	<p>neben der Einkommens- und Vermögensgrenzen in der Eingliederungshilfe auch den Vermögensschonbetrag in der Sozialhilfe anzuheben.</p>	

Organisationspolitik

Antragsbereich O/ Antrag 1

KV NWM

Änderung Parteistatuten		Änderung Parteistatuten	
5	Die/der Parteivorsitzende auf Landes- und Bundesebene muss zwingend per Urwahl bestimmt werden. Gibt es nur eine Kandidatin/ einen Kandidaten, muss diese/ dieser per Urwahl bestätigt werden. Sie/ er gilt als gewählt, wenn sie/ er die Mehrheit der abgegebenen Stimmen bekommt.	Empfehlung der AK	Beschluss des LPT
		<input type="checkbox"/> redaktionell <input type="checkbox"/> Annahme <input checked="" type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an:	<input type="checkbox"/> redaktionell <input checked="" type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK <input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an:

Antragsbereich O/ Antrag 2

KV HRO

Mehr Demokratie in der SPD wagen		Mehr Demokratie in der SPD wagen	
5	Der Landesparteitag möge beschließen: Die SPD M-V spricht sich für mehr Mitbestimmung der einzelnen Parteimitglieder bei wichtigen Entscheidungen der (Landes-)SPD aus. Ein bewährtes Instrument dafür sind Mitgliederentscheide. Diese stellen ein wichtiges Mittel des parteiinternen Willensbildungsprozesses dar. Insbesondere eine Entscheidung zur Aufnahme von Koalitionsverhandlungen sollte eine breite parteiinterne Diskussion vorausgehen und falls die SPD mehrere Koalitionsoptionen hat, durch eine Entscheidung aller SPD- Mitglieder legitimiert werden.	Empfehlung der AK	Beschluss des LPT
		<input type="checkbox"/> redaktionell <input checked="" type="checkbox"/> Annahme in geänderter Form: Der Landesparteitag möge beschließen: Die SPD M-V spricht sich für mehr Mitbestimmung der einzelnen Parteimitglieder bei wichtigen Entscheidungen der (Landes-)SPD aus. Ein bewährtes Instrument dafür sind Mitgliederentscheide. Diese stellen ein	<input type="checkbox"/> redaktionell <input checked="" type="checkbox"/> Annahme der Empfehlung der AK <input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung an:
10			
15			
20	Der Landesvorstand der SPD M-V und die SPD-Landtagsfraktion werden daher aufgefordert, bis zum Ende der		

25	Legislaturperiode – vor allem hinsichtlich laufender Fristen – die administrativen bzw. legislativen Voraussetzung dafür zu schaffen, nach der nächsten Landtagswahl einen Mitgliederentscheid über die Aufnahme etwaiger Koalitionsverhandlungen nach erfolgten Sondierungsgesprächen durchführen zu können.	wichtiges Mittel des parteiinternen Willensbildungsprozesses dar. Insbesondere eine Entscheidung zur Aufnahme von Koalitionsverhandlungen sollte eine breite parteiinterne Diskussion vorausgehen können und falls die SPD mehrere Koalitionsoptionen hat, durch eine Entscheidung aller SPD-Mitglieder legitimiert werden können	
30	Inhalt des Mitgliederentscheids soll dabei die Frage sein, mit welcher Partei bzw. mit welchen Parteien Koalitionsverhandlungen aufgenommen werden sollen, sollten mehrere Möglichkeiten zur Bildung einer Regierungskoalition bestehen.	Der Landesvorstand der SPD M-V und die SPD-Landtagsfraktion werden daher aufgefordert, mit den anderen Landtagsfraktionen Gespräche über Eine Änderung der Landesverfassung aufzunehmen, die hierfür die landesrechtlichen Voraussetzungen schaffen.	
35		Inhalt des Mitgliederentscheids soll dabei die Frage sein können, mit welcher Partei bzw. mit welchen Parteien Koalitionsverhandlungen aufgenommen werden sollen, sollten mehrere Möglichkeiten zur Bildung einer Regierungskoalition bestehen.	